

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 2727

9 novembre 2012

SOMMAIRE

Albabe S.A.	130885	Stuff an der Millen S. à r.l.	130887
Anchor Holdings GP S.A.	130884	Super Star S.à.r.l.	130888
BLUESKY Spf S.A.	130885	Sylvapower Sàrl	130888
Clairval Spf S.A.	130885	Tabagro S.à r.l.	130889
cominvest Infrastruktur Safe Kick 3/2014	130884	Tarlux S.A.	130889
cominvest Klima Safe Kick 1/2014	130884	Technipeinture et Décoration S.à r.l. ...	130889
cominvest Klima Safe Kick 2/2014	130883	The Taplow Group S.A.	130889
d'Amico International Shipping S.A.	130883	THOMAS & FILS Matériaux de Construc- tion S.à r.l.	130886
DSC SICAV	130882	Timag Capital Advisory S.à r.l.	130888
Dyma Group S.A.	130895	Titan (Germany) II GP S.à r.l.	130888
Goodcrush S.A.	130886	Toolux Sanding S.A.	130889
Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI)	130850	Toolux Sanding S.A.	130890
Holian S.A.	130886	Topal S.A.	130886
Portobella S.A.	130895	Total Holding S.A.	130890
Romanian Land Development Holding S.A.	130886	TP Capital, Sàrl	130890
Sarasin Fund Management (Luxembourg) S.A.	130882	Trina Solar (Luxembourg) Holdings S.à r.l.	130889
SCAN MARITIME Spf S.A.	130885	TTI Participations S.A.	130888
SCAN MARITIME Spf S.A.	130886	Ursula Von Siemens A.G.	130890
Seraya Spf S.A.	130887	Vansan Holding S.A.	130890
Shannon S.à r.l.	130892	Viator s. à r.l.	130891
Société de Gestion et d'Investissements Immobiliers	130887	VTB Capital S.A.	130891
SOLKARST INTERNATIONAL Spf S.A.	130887	Weatherford European Holdings (Luxem- bourg) S.à r.l.	130891
Steinebach Tankanlagen- und Behälterbau	130887	Weatherford Intermediate Holdings (PTWI) S.à r.l.	130891
Store Wampach Wasserbillig	130887	WEWE Hausverwaltungs GmbH	130891
		X-Com Holding S.A.	130892

Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI), Société Anonyme sous la forme d'une SICAV - Fonds d'Investissement Spécialisé.

Siège social: L-2557 Luxembourg, 7A, rue Robert Stümper.

R.C.S. Luxembourg B 172.426.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendzwoölf, den fünfundzwanzigsten Oktober;

Vor dem unterzeichneten Notar Carlo WERSANDT, mit dem Amtssitz in Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg);

IST ERSCHIENEN:

Die Aktiengesellschaft geregelt nach den Gesetzen von Italien "Gascom Renew S.p.A.", mit Gesellschaftssitz in I-20123 Mailand, Via Circo 12 (Italien), eingetragen im Registro delle Imprese presso la C.C.I.A.A. of Milan, Steuer- und Eintragsnummer 07118700967 (R.E.A. Nummer - (Repertorio Economico Amministrativo) MI - 1936943),

hier vertreten durch Herrn David HEINEN, Rechtsanwalt, beruflich wohnhaft in Luxemburg, auf Grund einer ihm erteilten Vollmacht unter Privatschrift, welche Vollmacht vom Bevollmächtigten und dem amtierenden Notar "ne varietur" unterschrieben, bleibt der gegenwärtigen Urkunde beigegeben, um mit derselben einregistriert zu werden.

Welche erschienene Partei, vertreten wie hiavor erwähnt, ersucht den unterzeichneten Notar, die Statuten einer Aktiengesellschaft (société anonyme), qualifiziert als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital - spezialisierter Investmentfonds (société d'investissement à capital variable - fonds d'investissement spécialisé), welche sie hiermit zu gründen beabsichtigt, zu beurkunden wie folgt:

Begriffsbestimmungen

"Aktie"	Eine Aktie der Gesellschaft bzw. des jeweiligen Teilfonds.
"Aktionär"	Ein Sachkundiger Investor, der Aktien erworben hat.
"Hauptversammlung der Gesellschaft"	Die Hauptversammlung aller Aktionäre der Gesellschaft
"Versammlung eines Teilfonds"	Die Versammlung der Aktionäre des jeweiligen Teilfonds
"Artikel"	Ein Artikel der vorliegenden Satzung.
"Ausgeschlossene Person(en)"	Alle natürlichen Personen sowie Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften oder sonstige juristische Personen, deren Anlage in Aktien nach Einschätzung des Verwaltungsrates für die bestehenden Aktionäre oder die Gesellschaft bzw. den jeweiligen Teilfonds von Nachteil sein könnte (insbesondere umfasst diese Kategorie auch ggf. Wettbewerber etwaiger Berater oder deren Verbundene Unternehmen), die Verletzung von (in Luxemburg oder andernorts geltenden) Rechtsvorschriften zur Folge haben könnte oder für die Gesellschaft oder den jeweiligen Teilfonds einen steuerlichen oder sonstigen aufsichtsrechtlichen Nachteil (einschließlich der Einstufung des Fondsvermögens als „Planvermögen“ im Sinne der Vorschriften des US-Arbeitsministeriums (Department of Labor) gemäß dem Arbeitnehmerrentengesetz (Employee Retirement Income Security Act) von 1974 in seiner jeweils geltenden Fassung) sowie Strafen oder Bußgelder verursachen könnte, die andernfalls nicht entstanden wären. Der Begriff „Ausgeschlossene Person(en)“ schließt alle Anleger, welche die Definition für „Sachkundige Investoren“ nicht erfüllen, sowie US-Personen ein.
"Bankarbeitstag"	Jeder Tag, an dem die Banken in Luxemburg für den Geschäftsverkehr geöffnet sind.
"Bewertungstag"	Der letzte Bankarbeitstag in jedem Kalenderquartal.
"Investitionszeitraum"	Der für den jeweiligen Teilfonds im Emissionsdokument angegebene Zeitraum, in dem sämtliche Kapitalzusagen gemäß den Bestimmungen einer Zeichnungsvereinbarung von der Gesellschaft abgerufen und von den Investoren an den jeweiligen Teilfonds gezahlt werden sollen.
"Closing"	Bezeichnet die Zeitpunkte, zu dem der Verwaltungsrat nach seinem Ermessen die Zeichnungsverpflichtungserklärungen der Anleger für Aktien der Gesellschaft annimmt.
"CSSF"	Die Commission de Surveillance du Secteur Financier, die luxemburgische Finanzaufsicht oder eine Nachfolgebehörde.
"Deutsches Versicherungsunternehmen"	Ein deutsches Versicherungsunternehmen, eine Pensionskasse, ein Pensionsfonds oder eine sonstige Pensionseinrichtung (einschließlich einem Deutschen Versorgungswerk) und jede andere Einheit, die dem deutschen Versicherungsaufsichtsgesetz unterliegt.

"Deutsches Versicherungsaufsichtsgesetz"	Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen, in seiner jeweils gültigen Fassung.
"Depotbank"	Die Bank, die von der Gesellschaft als Depotbank im Sinne des Gesetzes von 2007 ernannt wird.
"Eingezahlte Kapitalzusagen"	Der Anteil der Kapitalzusagen der Investoren, der schon abgerufen und an den jeweiligen Teilfonds gezahlt wurde.
"Einzahlungsaufforderung"	Die Aufforderung der Gesellschaft an einen Investor, einen bestimmten Anteil seiner Offenen Kapitalzusage gegen Ausgabe von Aktien eines bestimmten Teilfonds zu zahlen.
"Emissionsdokument"	Das Emissionsdokument der Gesellschaft nebst etwaigen Änderungen und Ergänzungen.
"Erstemissionsphase"	Der vom Verwaltungsrat festgelegte und für den jeweiligen Teilfonds im Emissionsdokument angegebene Zeitraum, während dessen Aktien zum Erstemissionspreis ausgegeben werden.
"Erstemissionspreis"	Der vom Verwaltungsrat festgelegte Preis je Aktie, zu dem die Gesellschaft Aktien eines Teilfonds bzw. einer Aktienklasse zuzüglich einer gegebenenfalls anwendbaren Ausgabegebühr während der Erstemissionsphase ausgibt. Der für den jeweiligen Teilfonds bzw. dessen Aktienklassen geltende Erstemissionspreis wird im Emissionsdokument erwähnt.
"Erstes Closing"	Das für den jeweiligen Teilfonds im Emissionsdokument näher definierte erste Closing.
"EURIBOR"	Abkürzung für „Euro Interbank Offered Rate“; bezeichnet ein im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getretenes System der Referenzzinssätze im Euromarkt. EURIBOR ist der Referenzzinssatz für einwöchige sowie Ein- bis Zwölfmonatsgelder und wird von zahlreichen Referenzbanken täglich ermittelt.
"Euro" oder "EUR"	Die gesetzliche Währung der EU-Mitgliedstaaten, die gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, geändert durch den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag von Amsterdam, die Gemeinschaftswährung eingeführt haben.
"Gesetz von 1915"	Das luxemburgische Gesetz vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner jeweils aktuellen und/oder ersetzten Fassung.
"Gesetz von 2007"	Das Luxemburger Gesetz vom 13. Februar 2007 betreffend spezialisierte Investmentfonds, in der jeweils geltenden Fassung sowie ggf. dessen Nachfolgesetze.
"Gesellschaft"	Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI)
"Investor"	Jeder institutionelle und Sachkundige Investor, welcher eine Zeichnungsvereinbarung unterschrieben hat. Falls die Umstände es erfordern, beinhaltet der Begriff "Investor" ebenfalls den Begriff "Aktionär".
"Kapitalzusage"	Die durch den Investor gegenüber der Gesellschaft durch Unterzeichnung der Zeichnungsvereinbarung eingegangene Verpflichtung, den darin angegebenen Geldbetrag gegen Ausgabe von Aktien eines bestimmten Teilfonds einzuzahlen.
"Mémorial"	Das Luxemburger Amtsblatt, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.
"Nettoinventarwert (NIW)"	Der gemäß Artikel 16 dieser Satzung und dem Emissionsdokument bestimmte Nettoinventarwert der jeweiligen Teilfonds bzw. der jeweiligen Aktienklassen.
"Offene Kapitalzusagen"	Der Anteil der Kapitalzusagen der Investoren, der noch nicht abgerufen und an den entsprechenden Teilfonds gezahlt wurde.
OGA	Organismus für gemeinschaftliche Anlagen.
OGAW	Organismus für gemeinschaftliche Anlagen in Wertpapiere
"Sachkundige Investoren"	Ein sachkundiger Anleger im Sinne von Artikel 2 des Gesetzes von 2007.
"Satzung"	Das vorliegende Dokument.
"Säumiger Investor"	Ein von der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen der Satzung und des Emissionsdokumentes für säumig erklärter Investor.
"Teilfonds"	Ein Teilfonds der Gesellschaft im Sinne von Artikel 71 des Gesetzes von 2007, wie im Emissionsdokument näher beschrieben.
"Tochtergesellschaft(en)"	Hat die im Emissionsdokument beschriebene Bedeutung.
"US-Person"	Hat die in Regulation S des US-Wertpapiergesetzes von 1933 zugewiesene Bedeutung

"Verbundenes Unternehmen"	Bezeichnet eine Körperschaft oder eine Person, die mittelbar oder unmittelbar die betreffende Partei kontrolliert oder von letztgenannter kontrolliert wird oder mit dieser unter einer gemeinsamen Kontrolle steht. Der Begriff „Kontrolle“ (und sinngemäß dementsprechende Begriffe) bezeichnet in Bezug auf eine Körperschaft das Recht zur: (a) Wahrnehmung der Mehrheit der Stimmrechte der Anleger dieser Körperschaft; oder (b) Bestellung der Mehrheit der Mitglieder der Managementgesellschaft dieser Körperschaft; oder (c) Festlegung der Politik und Strategie dieser Körperschaft;
"Verwaltungsrat"	Der Verwaltungsrat der Gesellschaft.
"Wirtschaftsprüfer"	Der im Emissionsdokument genannte unabhängige Wirtschaftsprüfer (réviseur d'entreprises agréé).
"Zeichnungsvereinbarung"	Die zwischen dem Investor und der Gesellschaft geschlossene Vereinbarung, durch die sich der Investor verpflichtet, bis zu einem bestimmten Höchstbetrag Aktien eines bestimmten Teilfonds zu zeichnen, wobei dieser Betrag in voller Höhe oder in Teilbeträgen gegen Ausgabe von Aktien des entsprechenden Teilfonds zu zahlen ist, wenn der Investor eine Zahlungsaufforderung erhält, und durch die sich die Gesellschaft ihrerseits verpflichtet, voll eingezahlte Aktien des jeweiligen Teilfonds an den Investor auszugeben, soweit die Kapitalzusage des Investors in Anspruch genommen und bezahlt wird.

Kapitel I. Name - Geschäftssitz - Dauer - Geschäftszweck.

Art. 1. Name. Die Gesellschaft ist als Aktiengesellschaft (société anonyme) errichtet und qualifiziert als Investmentgesellschaft mit variablem Kapital - spezialisierter Investmentfonds (société d'investissement à capital variable - fonds d'investissement spécialisé), unter der Bezeichnung "Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI)".

Art. 2. Geschäftssitz.

(1) Der Geschäftssitz der Gesellschaft befindet sich in der Gemeinde Luxemburg-Stadt im Großherzogtum Luxemburg.

(2) Der Verwaltungsrat ist autorisiert, den Gesellschaftssitz innerhalb der Gemeinde Luxemburg-Stadt zu verlegen. Der Gesellschaftssitz kann im Wege eines Beschlusses des alleinigen Aktionärs oder im Falle einer Mehrzahl von Aktionären mittels eines Beschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft in eine andere Gemeinde im Großherzogtum Luxemburg verlegt werden in der Weise wie für jede Änderung der Satzung vorgesehen. Ferner können Niederlassungen, Tochtergesellschaften und Repräsentanzen entweder im Großherzogtum oder im Ausland gegründet werden.

(3) Stellt der Verwaltungsrat fest, dass außerordentliche politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche oder militärische Entwicklungen stattgefunden haben oder bevorstehen, welche die normale Geschäftsabwicklung der Gesellschaft am Gesellschaftssitz oder die reibungslose Kommunikation zwischen diesem Sitz und Personen im Ausland beeinträchtigen, kann durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrats der Geschäftssitz vorübergehend bis zum Ende dieser außerordentlichen Gegebenheiten ins Ausland verlegt werden. Eine solche vorübergehende Maßnahme wird keinen Einfluss auf die luxemburgische Nationalität der Gesellschaft haben.

Art. 3. Dauer.

(1) Die Gesellschaft wird für unbestimmte Dauer errichtet.

(2) Die Auflösung kann jedoch jederzeit durch die Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossen werden. Näheres regelt Artikel 34.

Art. 4. Geschäftszweck.

(1) Ausschließlicher Geschäftszweck der Gesellschaft ist, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in zulässige Vermögensgegenstände unter Berücksichtigung der im Emissionsdokument beschriebenen Anlagepolitik und Anlagebeschränkungen der Gesellschaft bzw. der jeweiligen Teilfonds und des Gesetzes von 2007 anzulegen und ihren Aktionären das Ergebnis der Verwaltung ihrer Vermögenswerte zukommen zu lassen.

(2) Die Gesellschaft ist befugt, alle Maßnahmen zu ergreifen und Geschäfte abzuschließen, die der Verwaltungsrat zur Erfüllung und Förderung dieses Geschäftszwecks für nützlich hält, und zwar im weitest möglichen Rahmen, den das Gesetz von 2007 eröffnet.

Art. 5. Anlagepolitik und Anlagegrenzen.

(1) Der Verwaltungsrat hat die Befugnis, unter Einhaltung des Prinzips der Risikomischung, die im Emissionsdokument festgelegte Anlagepolitik und die Anlagegrenzen der Gesellschaft und der Teilfonds umzusetzen und die Handlungsrichtlinien der Verwaltung und der geschäftlichen Angelegenheiten der Gesellschaft im Rahmen der im Emissionsdokument festgelegten Grenzen und in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Gesetzen und Bestimmungen festzulegen.

(2) Anlagen können dabei entweder direkt oder indirekt, beispielsweise über Tochtergesellschaften und Co-Investments getätigt werden. Wird in dieser Satzung auf "Anlagen" und "Vermögensgegenstände" Bezug genommen, umfassen

die Begriffe sowohl direkte Anlagen und das direkte wirtschaftliche Eigentum an Vermögensgegenständen als auch indirekte Anlagen und/oder das indirekte wirtschaftliche Eigentum an Vermögensgegenständen durch die vorgenannten Gesellschaften.

Kapitel II. Kapital - Aktien - Nettoinventarwert

Art. 6. Kapital.

(1) Das Kapital der Gesellschaft entspricht jederzeit dem gesamten Nettoinventarwert aller Teilfonds gemäß Artikel 16.

(2) Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt einunddreißigtausend Euro (Euro 31.000,-) und besteht aus einunddreißig (31) voll eingezahlten Aktien ohne Nennwert.

(3) Die Gesellschaft kann jederzeit weitere nennwertlose und voll eingezahlte Aktien ausgeben ohne, falls nicht vom Verwaltungsrat entschieden oder im Emissionsdokument angegeben, den bestehenden Aktionären ein Bezugsrecht auf die zusätzlich auszugebenden Aktien einzuräumen.

(4) Das Mindestkapital der Gesellschaft beträgt eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro (Euro 1.250.000,-). Das Mindestkapital muss innerhalb von zwölf (12) Monaten ab dem Tag der Zulassung der Gesellschaft als Organismus für gemeinsame Anlagen gemäß den luxemburgischen gesetzlichen Bestimmungen erreicht werden.

Art. 7. Schwankungen des Kapitals. Das Kapital der Gesellschaft kann sich infolge der Ausgabe von neuen voll eingezahlten Aktien durch die Gesellschaft oder, insofern zulässig, der Rücknahme oder Einziehung von Aktien durch die Gesellschaft erhöhen oder vermindern.

Art. 8. Teilfonds.

(1) Die Gesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrates jederzeit ein oder mehrere Teilfonds, welche jeweils einen separaten Teil des Vermögens der Gesellschaft darstellen, auflegen. Die Gesellschaft kann für jeden Teilfonds spezifische Merkmale festsetzen und jedem Teilfonds eine eigene spezifische Bezeichnung zuteilen. Die Teilfonds können sich insbesondere durch ihre Anlagepolitik und -strategie, ihre Anlagestruktur oder die Investoren, die den jeweiligen Teilfonds zeichnen, unterscheiden.

(2) Die Rechte der Aktionäre und Gläubiger im Hinblick auf einen Teilfonds oder die Rechte, die im Zusammenhang mit der Gründung, der Verwaltung oder der Liquidation eines Teilfonds stehen, beschränken sich auf die Vermögenswerte dieses einzelnen Teilfonds.

(3) Die Vermögenswerte eines Teilfonds haften ausschließlich für Ansprüche der Aktionäre dieses Teilfonds und für Forderungen von Gläubigern, die im Zusammenhang mit der Gründung, Verwaltung oder der Liquidation dieses Teilfonds entstanden sind. Im Verhältnis der Aktionäre untereinander wird jeder Teilfonds als eigenständige Einheit behandelt.

(4) Die Aktien eines jeden Teilfonds dürfen, soweit im Emissionsdokument nicht abweichend bezeichnet, nicht von natürlichen Personen gehalten werden.

Art. 9. Aktienklassen. Der Verwaltungsrat ist berechtigt, innerhalb eines Teilfonds eine oder mehrere Aktienklassen auszugeben, deren Vermögenswerte im Einklang mit der für den jeweiligen Teilfonds geltenden Anlagepolitik gemeinsam angelegt werden. Die Aktienklassen können sich im Hinblick auf den Mindesterwerb, ihre Zeichnungs- und Rücknahmegebühren, ihre Gebührenstruktur und ihre Rechte auf Ausschüttungen unterscheiden und mit unterschiedlichen Anlegerservicegebühren oder sonstigen Gebühren ausgestattet sein oder unterschiedliche Zielgruppen als Anleger, abweichende Übertragungsbeschränkungen, Referenzwährungen und/oder sonstige abweichende Merkmale aufweisen, wie vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt werden. Der Nettoinventarwert je Aktie wird für jede ausgegebene Aktienklasse eines jeden Teilfonds einzeln berechnet.

Art. 10. Form der Aktien.

(1) Die Aktien werden als auf den Namen lautend ausgegeben; eine Ausgabe effektiver Stücke erfolgt nicht. Jeder Aktionär erhält eine schriftliche Bestätigung, dass die Aktien auf seinen Namen im Aktienregister eingetragen sind. Die Aktien werden jeweils in Bezug auf einen bestimmten Teilfonds ausgegeben. Die Aktionäre sind am jeweiligen Teilfondsvermögen in Höhe ihrer Aktien beteiligt. Die Aktien werden ausschließlich als vollständig eingezahlte Aktien ausgegeben.

(2) Alle von der Gesellschaft begebenen Aktien werden im Aktienregister eingetragen, das von der Gesellschaft beziehungsweise von einer oder mehreren von der Gesellschaft ernannten Personen geführt wird. Dieses Register enthält den Namen jedes Aktionärs, die Anzahl der von ihm gehaltenen Aktien sowie die von ihm angegebene Adresse. Die Eintragung im Aktienregister gilt als eindeutiger Nachweis des Eigentums an den Aktien und die Gesellschaft behandelt den eingetragenen Aktionär als uneingeschränkten und wirtschaftlichen Eigentümer dieser Aktien.

(3) Jeder Aktionär muss der Gesellschaft eine Adresse, Telefaxnummer und E-Mail-Adresse, an die alle Einladungen und Mitteilungen geschickt werden können, angeben, die ebenfalls im Aktienregister eingetragen wird. Der Aktionär kann jederzeit die im Aktienregister eingetragene Adresse abändern lassen. Dies geschieht durch schriftliche Benachrichtigung an den Sitz der Gesellschaft oder an eine andere vom Verwaltungsrat bestimmte Adresse. Falls ein Aktionär die Angabe einer Adresse unterlässt, kann die Gesellschaft dies im Aktienregister vermerken. In diesem Falle gilt bis zur Angabe einer Adresse durch den Aktionär der Geschäftssitz der Gesellschaft oder eine andere von der Gesellschaft zu bestimmende und ins Aktienregister einzutragende Adresse als Anschrift des Aktionärs.

(4) Die Eintragung in das Aktienregister wird von einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern beziehungsweise von einer oder mehreren von der Gesellschaft entsprechend bevollmächtigten natürlichen oder juristischen Personen unterzeichnet.

(5) Nach der Ausgabe sind die Aktien eines Teilfonds bzw. einer Aktienklasse zur gleichmäßigen und gleichrangigen Beteiligung an den laufenden Erträgen und Veräußerungsgewinnen sowie an den Liquidationserlösen des jeweiligen Teilfonds bzw. der jeweiligen Aktienklasse, denen die Aktien angehören, berechtigt.

(6) Jede Aktie ermächtigt dessen Eigentümer zu einer Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft bzw. Versammlungen des jeweiligen Teilfonds. Aktien können mit Bruchteilen von bis zu drei Dezimalstellen ausgegeben werden, wobei etwaige Differenzbeträge zwischen dem aufgerundeten Betrag und dem exakten Bruchteilsbetrag der Gesellschaft zustehen. Bruchteile von Aktien sind nicht stimmberechtigt, es sei denn, dass sie zusammengenommen eine ganze Aktie ergeben. Bruchteile von Aktien sind jedoch zur Teilnahme an den Ausschüttungen und den Liquidationserlösen berechtigt.

(7) Die Gesellschaft erkennt nur jeweils einen Eigentümer je Aktie an. Bei Aktien, die von mehr als einer Person gehalten werden, hat die Gesellschaft das Recht, die Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte so lange auszusetzen, bis eine Person als alleiniger Eigentümer im Verhältnis zu der Gesellschaft benannt ist. Gleiches gilt bei Konflikten zwischen einem Nutznießer und dem Besteller eines Nießbrauchrechts (usufruitier) bzw. zwischen einem Pfandgeber und einem Pfandnehmer.

Art. 11. Beschränkungen des Eigentums an Aktien.

(1) Die Gesellschaft kann den Erwerb und das Eigentum von Aktien durch bestimmte Personen, insbesondere Ausgeschlossene Personen, beschränken oder untersagen, insbesondere wenn das Eigentum an Aktien nach Ansicht des Verwaltungsrats den anderen Aktionären oder der Gesellschaft schaden könnte oder einen Verstoß gegen luxemburgische oder ausländische Gesetze oder Rechtsvorschriften darstellen könnte oder wenn die Gesellschaft hierdurch den Gesetzen (beispielsweise den Steuergesetzen) eines anderen Staates als dem Großherzogtum Luxemburg unterworfen sein könnte.

(2) Stellt der Verwaltungsrat zu einem beliebigen Zeitpunkt fest, dass die Aktien direkt oder indirekt im Eigentum einer Ausgeschlossenen Person (entweder alleine oder in Verbindung mit einer anderen Person) gehalten werden, so kann der Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen und ohne jegliche Verpflichtung

(a) die Ausgabe von Aktien bzw. die Eintragung einer Verfügung von Aktien verweigern, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass diese Eintragung bzw. Verfügung dazu führt, dass Ausgeschlossene Personen rechtliches oder wirtschaftliches Eigentum an Aktien erwerben; und

(b) von einer Person, deren Name im Aktienregister eingetragen ist, bzw. einer Person, die sich um die Eintragung der Verfügung von Aktien ins Aktienregister bemüht, verlangen, dass sie der Gesellschaft jegliche Informationen beibringt – und deren Richtigkeit an Eides Statt versichert –, die die Gesellschaft für notwendig hält, um entscheiden zu können, ob das wirtschaftliche Eigentum an den Aktien dieses Aktionärs bei einer Ausgeschlossenen Person liegt oder ob sich aus der betreffenden Eintragung ein wirtschaftliches Eigentum von Ausgeschlossenen Personen ergeben würde; und

(c) die Ausübung der Stimmberechtigung durch eine Ausgeschlossene Person auf den Hauptversammlungen der Gesellschaft und Versammlungen des jeweiligen Teilfonds verweigern; und

(d) unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens fünfundzwanzig (25) Kalendertagen die zwangsweise Rücknahme der Aktien vornehmen. Bei Rücknahme ist die Ausgeschlossene Person nicht mehr Eigentümer dieser Aktien. Die Kosten und Aufwendungen der zwangsweisen Rücknahme werden von den zurückgebenden Aktionären getragen. Die Auszahlung des jeweiligen Rücknahmepreises kann zu einem späteren Zeitpunkt, jedoch spätestens bei Liquidation des betroffenen Teilfonds erfolgen.

(3) Die Ausübung der in diesem Artikel eingeräumten Rechte kann nicht mit der Begründung angezweifelt oder für unwirksam erklärt werden, dass das Eigentum einer Person an Aktien ungenügend nachgewiesen wurde oder dass das Eigentum an den Aktien tatsächlich von jemand anderem gehalten wurde, als vom Verwaltungsrat angenommen, vorausgesetzt, dass der Verwaltungsrat bei der Ausübung dieser Rechte in gutem Glauben gehandelt hat.

(4) Sämtliche Aktionäre verpflichten sich, ihre Aktien nicht an Ausgeschlossene Personen zu verkaufen oder zu übertragen.

Art. 12. Ausgabe von Aktien.

(1) Die Aktien werden gemäß den Bestimmungen des Emissionsdokumentes an institutionelle und Sachkundige Investoren, die während der Erstemissionsphase eine Zeichnungsvereinbarung unterzeichnet haben, die durch den Verwaltungsrat im Rahmen eines Closings angenommen wurde, ausgegeben. Aktien werden nicht an Ausgeschlossene Personen ausgegeben.

Nach dem Ablauf der Emissionsphase eines Teilfonds werden grundsätzlich keine weiteren Closings stattfinden, es sei denn die Aktionäre des betreffenden Teilfonds beschließen auf Grundlage eines entsprechenden Vorschlages des Verwaltungsrats im Rahmen einer Versammlung des betreffenden Teilfonds mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmen, dass die Aktionäre des betreffenden Teilfonds, die einer Kapitalerhöhung zustimmen, in prozentual gleicher Höhe oder nach frei verhandelbaren Quoten zu den bereits bestehenden Kapitaleinzahlungsverpflichtungen weitere Kapitaleinzahlungsverpflichtungen eingehen können.

Darüber hinaus können auf Vorschlag des Verwaltungsrates die Aktionäre des jeweiligen Teilfonds mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmen Kapitalerhöhungen zum Zwecke der Aufnahme weiterer Investoren sowie die mit solchen Kapitalerhöhungen verbundenen Bedingungen beschließen.

(2) Die Ausgabe von voll eingezahlten Aktien erfolgt gemäß den Bestimmungen des Emissionsdokumentes aufgrund von Einzahlungsaufforderungen, die die Gesellschaft während des Investitionszeitraums (jedoch vorbehaltlich der diesbezüglich im Emissionsdokument genannten Ausnahmen) an die jeweiligen Investoren richtet, soweit der jeweilige Investor dieser Einzahlungsaufforderung Folge leistet und der entsprechend abgerufene Betrag eingezahlt worden ist.

(3) Vorbehaltlich der nachstehenden Ausnahmen werden die Aktien während der Erstemissionsphase zum Erstemissionspreis ausgegeben. Um die Gleichbehandlung der Investoren eines Teilfonds während der Erstemissionsphase zu gewährleisten, ohne dass jedoch eine Berechnung des Nettovermögens vorgenommen werden muss, kann die Gesellschaft nach vernünftigem Ermessen in Bezug auf ein weiteres Closing den Erstemissionspreis durch einen Betrag erhöhen, welcher im Emissionsdokument näher definiert wird.

(4) Nach Ablauf der Erstemissionsphase werden Aktien zum letzten verfügbaren Nettovermögenswert je Aktie ausgeben, der gemäß den Bestimmungen des Artikels 16 ermittelt wird.

(5) Der Preis, zu dem Aktien gezeichnet werden, kann sich gemäss den Bestimmungen des Emissionsdokumentes um eine Ausgabegebühr zu Lasten des zeichnenden Investors erhöhen.

(6) Die Gesellschaft gibt während des Zeitraumes, in welchem die Berechnung des Nettoinventarwerts gemäß den Bestimmungen des Artikels 17 ausgesetzt wurde, keine Aktien aus.

(7) Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit die Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen zulassen, wenn die einzubringenden Vermögenswerte im Einklang mit den auf den jeweiligen Teilfonds anwendbaren Anlagerichtlinien stehen. Jede Sacheinlage wird im Rahmen eines Bewertungsgutachtens des Wirtschaftsprüfers im Einklang mit den in Luxemburg geltenden gesetzlichen Bestimmungen bewertet. Die Kosten eines solchen Berichts sowie der damit einhergehenden Bewertung sind durch den jeweiligen Investor zu tragen. Einzelheiten in Bezug auf Sacheinlagen regelt das Emissionsdokument.

Art. 13. Säumiger Investor.

(1) Zahlt ein Investor entgegen seiner Kapitalzusage nicht, obwohl ihm eine entsprechende schriftliche Einzahlungsaufforderung an die in der Zeichnungsvereinbarung (beziehungsweise im Aktienregister) verzeichnete Anschrift per eingeschriebenem Brief zugesandt wurde, kann der Verwaltungsrat nach Ablauf einer Frist von zehn (10) Bankarbeitstagen (beginnend am Ende der in der Einzahlungsaufforderung angegebenen Zahlungsfrist) den betreffenden Investor zum Säumigen Investor erklären, mit der Folge dass

(a) von dem Säumigen Investor die Zahlung einer Entschädigung an die Gesellschaft in Höhe von 10 % seiner gesamten Kapitalzusage gefordert werden kann; und

(b) Ausschüttungen an den Säumigen Investor aufgerechnet oder zurückgehalten werden, bis alle der Gesellschaft geschuldeten Beträge von ihm vollständig eingezahlt sind.

(2) Daneben kann der Verwaltungsrat in Abstimmung mit den bis dahin eingetretenen Investoren des jeweiligen Teilfonds in eigenem Ermessen folgende Maßnahmen ergreifen:

(a) Zwangsrücknahme der Aktien des Säumigen Investors durch die Gesellschaft gegen Zahlung eines Betrags in Höhe von 70% des letzten verfügbaren Nettoinventarwertes der betroffenen Aktien an den betreffenden Aktionär, wobei der Rücknahmepreis erst im Zeitpunkt der Beendigung der des jeweiligen Teilfonds ausgezahlt wird;

(b) Einräumung des Rechts an die Nicht-Säumigen Investoren, die Aktien des Säumigen Investors anteilig zu einem Preis in Höhe von 70% des Nettoinventarwertes der maßgeblichen Aktien zu kaufen und die Offene Kapitalzusage des Säumigen Investors zu übernehmen, nachdem die Gesellschaft die Aktien zurückgekauft hat, wobei der Kaufpreis innerhalb von zwanzig (20) Bankarbeitstagen an den jeweiligen Teilfonds gezahlt werden muss.

(c) Kündigung oder Verringerung der Kapitalzusage des Säumigen Investors;

(d) Aufhebung des Stimmrechts; und/oder

(d) Ausschöpfung aller sonstigen durch die Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Möglichkeiten.

(3) Unbeschadet sonstiger gesetzlicher Rechtsfolgen oder der vorgenannten Folgen schuldet der Säumige Investor für die Dauer des Verzugs Verzugszinsen in Höhe von 8% p.a. über dem 1-Monats EURIBOR;

(4) Die vorstehend beschriebenen Ansprüche schließen andere gesetzliche Ansprüche nicht aus, sofern der Verwaltungsrat diese in Anbetracht der jeweiligen Situation als angemessen erachtet. Ferner kann der Verwaltungsrat nach freiem Ermessen und unter Berücksichtigung der Interessen der nicht-säumigen Investoren auf die Geltendmachung dieser Ansprüche verzichten.

(5) Den Aktionären kann eine weitere Einzahlungsaufforderung zugesandt werden, um den durch den Säumigen Investor entstandenen Ausfall auszugleichen (wobei diese nicht die Offene Kapitalzusage der jeweiligen Aktionäre überschreiten darf), und durch Beschluss der Aktionäre mit einer Mehrheit von 75% der anwesenden oder vertretenen Stimmen können neue Investoren zugelassen werden, welche an Stelle des Säumigen Investors Einzahlungen zu leisten haben.

Art. 14. Rücknahme von Aktien.

(1) Soweit im Emissionsdokument nicht abweichend bestimmt, sind Aktionäre nicht berechtigt, die Rücknahme ihrer Aktien zu verlangen.

(2) Ungeachtet hiervon kann der Verwaltungsrat in eigenem Ermessen den Aktionären anbieten, Aktien zurückzukaufen, insbesondere um überschüssige Liquidität, statt im Rahmen von Ausschüttungen, an die jeweiligen Aktionäre zurückfließen zu lassen. Ein solches Angebot muss sich jeweils an sämtliche Aktionäre eines Teilfonds richten. Ein Rückkauf kommt nur zustande, falls Aktionäre, die über mindestens 90% der Stimmen des jeweiligen Teilfonds verfügen, einem entsprechenden Angebot des Verwaltungsrats zustimmen. In diesem Fall wird hinsichtlich der übrigen Aktionäre deren Annahme des Rückkaufangebotes fingiert.

Jeder solche Rückkauf wirkt sich proportional auf den jeweiligen Aktienbesitz aus. In diesem Falle wird der Verwaltungsrat die eingetragenen Aktionäre des betroffenen Teilfonds rechtzeitig über ein Rückkaufangebot benachrichtigen. Diese Mitteilung beinhaltet die Rückkauffrist, das angewandte Berechnungsverfahren des Rückkaufpreises, welcher am letzten Tag der Rückkauffrist bestimmt wird und auf dem Nettoinventarwert der Aktien am letzten Tag der Rückkauffrist basiert (zuletzt verfügbarer NIV).

(3) Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat den einseitigen Rückkauf von Aktien beschließen, welche von Aktionären gehalten werden, die einer Verlängerung der Laufzeit eines Teilfonds nicht zustimmen. Der Rückkauf dieser Aktien erfolgt dann zu einem Rückkaufpreis, welcher auf dem Nettoinventarwert der Aktien am letzten Tag der Rückkauffrist basiert und gemäß eines durch den Verwaltungsrat festgelegten Berechnungsverfahrens ermittelt wird.

Art. 15. Verfügung über Aktien.

(1) Grundsätzlich bedarf jede Verfügung über Aktien der Zustimmung des Verwaltungsrats. Eine Verfügung über Aktien bedarf nicht der Zustimmung der übrigen Aktionäre. Als „Verfügung“ gelten insbesondere der Verkauf, die Übertragung und die Abtretung von Aktien. Jegliche (subsidiäre) Haftung für ausstehende Kapitaleinzahlungen oder andere Beträge („Offene Verbindlichkeiten“) durch den Investor nach Verfügung über die Aktien ist ausgeschlossen (keine gesamtschuldnerische Haftung von Veräußerer und Erwerber). Derartige Verpflichtungen gehen mit schuldbefreiender Wirkung für den Veräußerer auf den Erwerber über.

(2) Eine Verfügung ist grundsätzlich nur möglich, wenn es sich beim Erwerber der Aktien um Sachkundige Investoren handelt. Hinsichtlich Verfügungen an die folgenden Sachkundigen Investoren wird der Verwaltungsrat seine Zustimmung im Regelfall erteilen: Versicherungen, Versorgungswerke, Sozialversicherungsträger, Pensionsfonds, Pensionskassen, Kapitalanlagegesellschaften, Stiftungen sowie Kreditinstitute. Hinsichtlich einer Verfügung an andere Sachkundige Anleger wird der Verwaltungsrat im Rahmen seiner Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung insbesondere deren Bonität oder das Vorhandensein ausreichender geeigneter Sicherheiten berücksichtigen.

(3) Aktien, die zum Sicherungsvermögen oder sonstigen gebundenen Vermögen eines Deutschen Versicherungsunternehmens gehören, sind vorbehaltlich des Nachfolgenden frei an andere Sachkundige Investoren verfügbar. Ausgeschlossen ist eine Übertragung an Ausgeschlossene Personen sowie eine Übertragung, die nach Ansicht des Verwaltungsrates dazu führen würde, dass die Aktien in einem Verwahr- oder Clearingsystem registriert werden, in dem die Möglichkeit besteht, dass die Aktien weiter übertragen werden könnten und dass diese Übertragung nicht im Einklang mit dem Emissionsdokument und der Satzung erfolgt.

Sofern und so lange Aktien zum gebundenen Vermögen eines Deutschen Versicherungsunternehmens gehören, der gemäß § 70 des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes oder einer anderen Vorschrift gesetzlich zur Bestellung eines Treuhänders verpflichtet ist oder sich einer solchen Verpflichtung freiwillig unterwirft, darf über diese Aktien nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Treuhänders oder seines Stellvertreters verfügt werden. Diese Aktien werden im Aktienregister mit einem Sperrvermerk versehen.

(4) Ein Aktionär (nachstehend "Verkaufender Aktionär" genannt), der einige oder sämtliche von ihm gehaltenen Aktien (nachstehend "Angebotene Aktien" genannt) an einen anderen Aktionär oder einen Dritten (nachstehend "Dritter" genannt) verkaufen will, muss dem Verwaltungsrat diese Tatsache mitteilen und Einzelheiten zu den angebotenen Aktien (insbesondere Kaufpreis je Aktie, Zahl der Angebotenen Aktien) angeben, wobei die Bedingungen dieses Angebots bei Annahme endgültig und bindend sein müssen. Der Verwaltungsrat bietet die angebotenen Aktien innerhalb von fünfzehn (15) Bankarbeitstagen nach Erhalt dieser Mitteilung im Verhältnis zur von jedem Aktionär des betreffenden Teilfonds gehaltenen jeweiligen Anzahl von Aktien den anderen Aktionären des betreffenden Teilfonds an. Die Angebotenen Aktien werden zu einem Preis je Aktie und zu denselben Bedingungen angeboten, wie sie der Dritte angeboten hatte (nachstehend "Vereinbarte Bedingungen" genannt), und das Angebot steht über einen Zeitraum von zwanzig (20) Bankarbeitstagen zur Annahme offen (nachstehend "Annahmezeitraum" genannt).

(a) Bei Annahme eines Angebots teilt jeder Aktionär dem Verwaltungsrat die Anzahl der Angebotenen Aktien mit, für die er das Angebot annimmt, und ob er willens ist, weitere Angebotene Aktien zu kaufen und wie viele, falls nicht alle anderen Aktionäre das Angebot annehmen.

(b) Falls nicht alle Aktionäre das Angebot vollständig annehmen, werden die überschüssigen Angebotenen Aktien an die Aktionäre des betreffenden Teilfonds verkauft, die gemäß vorstehendem Absatz (4) (a) im Verhältnis zu den von ihnen gehaltenen Aktien ihre Bereitschaft bekundet haben, weitere Angebotene Aktien zu kaufen. Wenn nur ein Aktionär das Angebot annimmt, können alle Angebotenen Aktien an diesen Aktionär verkauft werden.

(c) Der Verwaltungsrat benachrichtigt spätestens fünfzehn (15) Bankarbeitstage nach dem Ende des Annahmezeitraums den Verkaufenden Aktionär über die Anzahl der Angebotenen Aktien, zu deren Kauf sich die anderen Aktionäre verpflichtet haben. Der Verkaufende Aktionär verkauft dementsprechend diese Anzahl von Angebotenen Aktien an die anderen Aktionäre und kann die restlichen Angebotenen Aktien an den Dritten verkaufen, vorausgesetzt, dass dieser Verkauf innerhalb von zwanzig (20) Bankarbeitstagen nach dem Annahmezeitraum für die anderen Aktionäre und gemäß den Vereinbarten Bedingungen erfolgt.

(d) Solange ein Aktionär noch Offene Verbindlichkeiten aus der Zeichnungsvereinbarung zu erfüllen hat, kann die Verfügung der von dem betreffenden Aktionär gehaltenen Aktien nicht rechtswirksam werden, sofern sich der Erwerber der Aktien nicht schriftlich, in einer vom Verwaltungsrat festzulegenden Form, zur Übernahme aller anderen offenen Verbindlichkeiten des Veräußerers oder Zedenten verpflichtet hat, indem er unter anderem eine Beitrittsurkunde zur Einhaltung der Bedingungen der Zeichnungsvereinbarung ausfertigt.

(5) Der Verwaltungsrat bzw. eine von ihm beauftragte natürliche oder juristische Person wird keine Verfügung über Aktien in das Aktienregister eintragen, wenn die in dieser sowie ggf. im Emissionsdokument vorgesehenen Regelungen für eine Übertragung nicht eingehalten wurden.

(6) Für die Einräumung, Abtretung, Verpfändung oder Gewährung von Sicherheiten an Aktien gelten die vorstehenden Vorschriften mit Ausnahme von Absatz 4 entsprechend.

Art. 16. Berechnung des Nettoinventarwerts je Aktie.

(1) Der Nettoinventarwert je Aktie wird für jeden Teilfonds und gegebenenfalls jede Aktienklasse in der Referenzwährung des jeweiligen Teilfonds beziehungsweise der jeweiligen Aktienklasse durch die Gesellschaft (oder einen von ihr ernannten Vertreter) zu jedem Bewertungstag separat berechnet. Die Referenzwährung des/der einzelnen Teilfonds bzw. der jeweiligen Aktienklasse ist im Emissionsdokument angegeben.

(2) Zur Berechnung des Nettoinventarwertes der Aktien eines jeweiligen Teilfonds bzw. einer Aktienklasse wird der Wert des zu dem jeweiligen Teilfonds bzw. der jeweiligen Aktienklasse gehörenden Vermögens abzüglich der jeweiligen Verbindlichkeiten an jedem Bewertungstag ermittelt und durch die Anzahl der sich am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Aktien des jeweiligen Teilfonds bzw. der jeweiligen Aktienklasse geteilt.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, für den Fall, dass Tatsachen bekannt werden, aus denen sich ergibt, dass die vorhergehende Berechnung des Nettoinventarwertes der Aktien eines Teilfonds bzw. einer Aktienklasse fehlerhaft war, diese vorhergehende Bewertung aufzuheben und nach Treu und Glauben eine zweite Bewertung durchzuführen.

(3) Die Vermögenswerte der Gesellschaft können bestehen aus:

- (a) Gesellschaftsanteilen, Aktien und sonstigen Beteiligungspapieren;
- (b) Schuldverschreibungen;
- (c) Barguthaben und sonstigen liquiden Mitteln, einschließlich aufgelaufener Zinsen;
- (d) Geldmarktpapieren;
- (e) Anteilen an OGAW und vergleichbaren OGA;
- (f) sonstigen Wertpapieren;
- (g) Forderungen, die bei Vorlage zahlbar werden sowie alle sonstigen Geldforderungen, einschließlich noch nicht erfüllter Ausgabepreisforderungen aus dem Verkauf/der Verfügung von Aktien oder anderen Vermögenswerten;
- (h) Ausschüttungen, auf die der Teilfonds einen Anspruch hat, soweit sie ihm bekannt sind; oder
- (i) allen übrigen Vermögenswerten jeder Art, einschließlich im Voraus entrichteter Kosten.

(4) Die Bewertung der Vermögenswerte der Gesellschaft erfolgt nach in Luxemburg anerkannten Grundsätzen. Hinsichtlich der Bewertung der von einem jeden Teilfonds gehaltenen Vermögensgegenstände wird in Ermangelung abweichender Festlegungen und vorbehaltlich ergänzender Regelungen im Emissionsdokument grundsätzlich wie folgt verfahren:

Die Gesellschaft bewertet ihre Vermögenswerte nach dem Zeitwertprinzip („fair value“). Dabei werden:

- a) Beteiligungen an noch nicht fertiggestellten Projekten nach fortgeschriebenen Anschaffungskosten bewertet.
- b) Nicht börsennotierte Unternehmensbeteiligungen nach jeweils gültigen Bewertungsrichtlinien (International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines) von z.B. der European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA) bewertet.
- c) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt bzw. an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, zum letzten verfügbaren Kurs bewertet; oder, sofern dieser nicht marktgerecht ist, zum wahrscheinlichen Realisierungswert, der mit Vorsicht und nach Treu und Glauben zu bestimmen ist, bewertet;
- d) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, ebenfalls zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet, sofern die Gesellschaft zur Zeit der Bewertung diesen Kurs für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere veräußert werden können, und ansonsten zum wahrscheinlichen Realisierungswert, der mit Vorsicht und nach Treu und Glauben zu bestimmen ist, bewertet;
- (e) sonstige Wertpapiere, insbesondere Schuldverschreibungen, für die die Bewertung gemäß den vorstehenden Absätzen nicht möglich oder nicht durchführbar wäre, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, es ist

unwahrscheinlich, dass dieser Betrag vereinnahmt wird; in diesem Fall erfolgt ein Abschlag in der Höhe, der nach Ansicht des Verwaltungsrates im Hinblick auf den wahren Wert der betroffenen Vermögensgegenstände angemessen ist;

- f) flüssige Mittel zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- g) Festgelder zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;

h) der Liquidationswert von Termingeschäften oder Optionen, die nicht an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, zu deren jeweiligem Nettoliquidationswert bewertet, wie er gemäß den Richtlinien der Zentralen Verwaltungsstelle auf einer konsistenten für alle verschiedenen Arten von Verträgen angewandt wird; der Liquidationswert von Termingeschäften oder Optionen, welche an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, auf Grundlage der letzten verfügbaren Abwicklungspreise solcher Verträge an den Börsen oder organisierten Märkten, auf welchen diese Termingeschäfte oder Optionen von der Gesellschaft gehandelt werden, berechnet; sofern ein Termingeschäft oder eine Option an einem Tag, an dem der NIW berechnet wird, nicht liquidiert werden kann, wird die Bewertungsgrundlage für einen solchen Vertrag von der Zentralverwaltungsstelle in angemessener und vernünftiger Weise bestimmt;

i) Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden und deren Restlaufzeit bei Erwerb weniger als neunzig (90) Tage beträgt, grundsätzlich zu Amortisierungskosten bewertet, wodurch dem ungefähren Marktwert entsprochen wird;

- j) Zinsswaps werden zu ihrem, unter Bezug auf die anwendbare Zinsentwicklung, bestimmten Marktwert bewertet;

k) sämtliche sonstigen Wertpapiere oder sonstigen Vermögenswerte werden zu ihrem angemessenen Marktwert bewertet, wie dieser nach Treu und Glauben und entsprechend dem von der Gesellschaft auszustellenden Verfahren zu bestimmen ist;

l) der Wert von Kassenbeständen oder Bankguthaben, Einlagenzertifikaten und ausstehenden Forderungen, vorausbezahlten Auslagen, Bardividenden und erklärten oder aufgelaufenen und noch nicht erhaltenen Zinsen entspricht dem jeweiligen vollen Betrag, es sei denn, dass dieser wahrscheinlich nicht voll bezahlt oder erhalten werden kann, in welchem Falle der Wert unter Einschluss eines angemessenen Abschlages ermittelt wird, um den tatsächlichen Wert zu erhalten.

Am Ende jedes Geschäftsjahres muss der Zeitwert jedes Vermögenswertes der Gesellschaft neu festgelegt und unter Berücksichtigung oben genannter Vorgaben angepasst werden:

Vermögenswerte der Gesellschaft bzw. eines Teilfonds, die in einer anderen Währung als der Basiswährung bzw. der Referenzwährung des jeweiligen Teilfonds ausgedrückt werden, werden auf der Grundlage des am betreffenden Bewertungsstichtag festgesetzten Referenzkurses der Europäischen Zentralbank (EZB) umgerechnet. Der Verwaltungsrat kann nach eigenem Ermessen und in gutem Glauben die Verwendung einer anderen Bewertungsmethode zulassen, wenn er davon ausgeht, dass diese Bewertung den Zeitwert eines beliebigen Vermögenswertes der Gesellschaft besser zum Ausdruck bringt.

Alle Bewertungsregeln und Wertermittlungen müssen in Übereinstimmung mit den allgemein in Luxemburg zugelassenen Buchhaltungsgrundsätzen ausgelegt und durchgeführt werden.

(m) Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen die Verwendung einer anderen Bewertungsmethode gestatten, wenn er der Meinung ist, dass diese den Verkehrswert von Vermögenswerten eines Teilfonds bzw. einer Aktienklasse besser reflektiert. Diese Methode wird dann durchgehend angewendet.

(n) Besondere Bewertungsregeln für die Vermögenswerte einzelner Teilfonds können ggf. im Emissionsdokument geregelt werden.

- (5) Die Verbindlichkeiten der Teilfonds umfassen:

(a) Darlehensverbindlichkeiten (einschließlich wandelbarer Schuldtitel, Wechsel und zu zahlender Abrechnungen) und andere Verbindlichkeiten für aufgenommenes Fremdkapital zuzüglich etwaiger Zinsen (einschließlich aufgelaufener Gebühren für die Kreditbereitstellung);

(b) sämtliche aufgelaufenen oder zahlbaren Aufwendungen (einschließlich Verwaltungsvergütungen, Anlageberatungsvergütungen, Performancevergütungen, sonstige Verwaltungskosten, Beratungsgebühren, Gebühren der Depotbank, der Register- und Transferstelle und der Zentralverwaltungsstelle);

(c) alle bekannten derzeitigen und künftigen Verbindlichkeiten, einschließlich aller fälligen vertraglichen Verpflichtungen für Zahlungen von Geldern oder Vermögensgegenständen, einschließlich der vom jeweiligen Teilfonds ausgewiesener aber noch nicht gezahlter Ausschüttungen;

(d) angemessene Rückstellungen für künftige Steuern, die auf dem Vermögen und Einkommen der Teilfonds bis zum Bewertungstag basieren (z.B. latente Steuern), und gegebenenfalls andere, vom Verwaltungsrat genehmigte und gebilligte Rücklagen sowie gegebenenfalls einen Betrag, den der Verwaltungsrat als eine angemessene Rücklage in Bezug auf eventuelle Verbindlichkeiten der Teilfonds ansieht; und

- (e) alle übrigen Verbindlichkeiten eines Teilfonds, die nach luxemburgischem Recht ausgewiesen werden.

Bei der Festlegung der Höhe dieser Verbindlichkeiten sind sämtliche von einem Teilfonds zu zahlenden Aufwendungen zu berücksichtigen. Eine beispielhafte Aufzählung von Aufwendungen eines Teilfonds enthält Artikel 24.

Die Teilfonds können regelmäßig wiederkehrende Verwaltungs-, Beratungs- und sonstige Kosten auf Grundlage geschätzter Zahlen für jährliche und andere Perioden im Voraus ansetzen.

(6) Für die Berechnung des Nettoinventarwertes nach diesem Artikel gilt Folgendes:

(a) Aktien, die ggf. gemäß dieser Satzung zurückgenommen oder eingezogen werden sollen, werden bis zu der Rücknahme beziehungsweise dem vom Verwaltungsrat bestimmten Einziehungszeitpunkt in den Büchern als Aktien geführt, die sich im Umlauf befinden. Ab diesem Zeitpunkt bis zur Zahlung des Rücknahmepreises gilt dieser als eine Verbindlichkeit des jeweiligen Teilfonds.

(b) Die vom jeweiligen Teilfonds auszugebenden Aktien werden vom Ausgabedatum an als im Umlauf befindlich behandelt.

(c) Wenn sich ein Teilfonds an einem Bewertungstag verpflichtet hat,

(i) Vermögensgegenstände zu kaufen, wird der Betrag, der für diesen Vermögenswert zu bezahlen ist, als Verbindlichkeit des jeweiligen Teilfonds ausgewiesen. Der Wert des zum Kauf anstehenden Vermögensgegenstandes wird als ein Vermögensgegenstand des jeweiligen Teilfonds ausgewiesen;

(ii) Vermögensgegenstände zu verkaufen, wird der Betrag, den der betreffende Teilfonds für diesen Vermögensgegenstand erhält, als ein Vermögensgegenstand des jeweiligen Teilfonds ausgewiesen. Der zu liefernde Vermögensgegenstand wird nicht als Vermögensgegenstand des jeweiligen Teilfonds ausgewiesen. Sollte der genaue Wert der Gegenleistung am jeweiligen Bewertungstag unbekannt sein, wird er vom Verwaltungsrat geschätzt.

(iii) Sowohl bei Käufen als auch bei Verkäufen von Vermögensgegenständen an einem geregelten Markt gelten die in diesem Punkt (c) genannten Grundsätze ab dem Bankarbeitstag, der auf den Abschluss des jeweiligen Kaufs oder Verkaufs folgt. Wird die Transaktion durch einen Broker ausgeführt ist der Tag maßgeblich, an dem der jeweilige Broker die Order für den Kauf oder Verkauf ausführt.

Art. 17. Vorübergehende Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts je Aktie und der Ausgabe und sofern anwendbar der Rücknahme und des Umtausches von Aktien.

(1) Die Gesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Nettoinventarwerts der Aktien eines Teilfonds, die Ausgabe sowie sofern anwendbar den Umtausch und die Rücknahme dieser Aktien zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre gerechtfertigt ist, insbesondere:

(a) während eines Zeitraums, in dem aufgrund politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Ereignisse oder von vom Verwaltungsrat nicht zu vertretender Umstände oder aufgrund gewisser, auf dem für den jeweiligen Teilfonds relevanten Markt bestehender Umstände die Veräußerung der im Eigentum des jeweiligen Teilfonds stehenden Vermögenswerte ohne wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Interessen der Aktionäre des jeweiligen Teilfonds nicht durchführbar ist, oder wenn nach Meinung des Verwaltungsrats die Ausgabe-, Verkaufs- und/ oder ggf. Rücknahme- bzw. Umtauschpreise nicht zutreffend berechnet werden können; oder

(b) während eines Ausfalls der üblicherweise für die Preisfestsetzung eines Vermögenswerts eines Teilfonds angewandten Kommunikationsmittel, oder wenn der Wert eines Vermögensgegenstandes eines Teilfonds, der für die Festlegung des Nettoinventarwerts des jeweiligen Teilfonds (wobei der Verwaltungsrat die Wichtigkeit in seinem alleinigen Ermessen bestimmt) von erheblicher Bedeutung ist, nicht so schnell oder genau wie nötig festgelegt werden; oder

(c) sofern der Wert einer Gesellschaft, an der der Teilfonds direkt oder indirekt beteiligt ist, nicht zeitnah und genau bestimmt werden kann; oder

(d) während eines Zeitraums, in dem Überweisungen von Barmitteln im Zusammenhang mit der Realisierung oder Akquisition von Investitionen nach Meinung des Verwaltungsrats nicht zu marktüblichen Wechselkursen durchgeführt werden können; oder

(e) während eines jeden Zeitraums, in dem die Märkte oder Börsen, an denen ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte eines Teilfonds notiert ist, geschlossen sind (aus anderen Gründen als den üblichen Feiertagen) oder während eines Zeitraums, in dem der Handel an diesen Märkten oder Börsen beschränkt ist oder eingestellt wurde, vorausgesetzt, dass solche Einschränkungen oder Aussetzungen die Bewertung der Vermögenswerte, die diesem Teilfonds zuzuteilen sind, beeinträchtigt; oder

(f) ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung einer Einladung zu einer außerordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft oder Versammlung des betreffenden Teilfonds oder zum Zwecke der Unterrichtung der Aktionäre über einen Beschluss des Verwaltungsrates, den/die jeweilige(n) Aktienklasse/Teilfonds oder die Gesellschaft aufzulösen, oder zum Zwecke der Verschmelzung der Gesellschaft oder eines Teilfonds, falls diese vom Verwaltungsrat für notwendig erachtet wird und im Interesse der betroffenen Aktionäre ist; oder

(g) wenn die Preise für Investitionen aus anderen Gründen nicht umgehend oder genau zu bestimmen sind; oder

(2) Die Gesellschaft informiert die Aktionäre über eine Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwerts der Aktien eines Teilfonds. Im Falle einer Aussetzung wird eine Berechnung nachgeholt, sobald die Umstände es wieder erlauben.

(3) Die zeitweilige Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwerts der Aktien eines Teilfonds führt nicht zur zeitweiligen Einstellung der Berechnung des Nettoinventarwerts von anderen Teilfonds, die von den jeweiligen Ereignissen nicht betroffen sind.

Kapitel III. Verwaltung und Aufsicht

Art. 18. Verwaltungsratsmitglieder.

(1) Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei (3) Verwaltungsratsmitgliedern zusammensetzt. Die Verwaltungsratsmitglieder müssen keine Aktionäre sein. Eine Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder beträgt maximal fünf (5) Jahre, die Wiederwahl eines Verwaltungsratsmitgliedes ist möglich. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder, ihre Vergütung und die Dauer ihres Mandats werden von der Hauptversammlung der Gesellschaft mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmen bestimmt.

(2) Durch Beschluss einer Mehrheit von 80% der anwesenden oder vertretenen Aktien bei einer Hauptversammlung der Gesellschaft, bei der mindestens 75% der Aktien anwesend oder vertreten sind, können die Verwaltungsratsmitglieder jederzeit abberufen oder ersetzt werden.

(3) Sollte die Position eines Verwaltungsratsmitglieds wegen eines Todesfalls, eines Rücktritts oder aus einem anderen Grund vakant werden, kann diese Position vorübergehend bis zur nächsten ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft von den übrigen Verwaltungsratsmitgliedern ausgefüllt werden. Die Wahl eines neuen Verwaltungsratsmitglieds erfolgt dann bei der nächsten Hauptversammlung der Gesellschaft. Sollte aufgrund Ausscheidens einzelner Mitglieder der Verwaltungsrat zu einem bestimmten Zeitpunkt weniger als drei Mitglieder haben, wird unverzüglich eine Hauptversammlung der Gesellschaft einberufen.

Art. 19. Verwaltungsratssitzungen.

(1) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden und gegebenenfalls einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende kann einen Schriftführer ernennen, der kein Verwaltungsratsmitglied sein muss. Der Schriftführer verfasst und verwahrt die Protokolle der Verwaltungsratssitzungen, Hauptversammlungen der Gesellschaft und Versammlungen der Teilfonds. Der Verwaltungsrat wird vom Vorsitzenden oder von zwei (2) seiner Verwaltungsratsmitglieder einberufen. Er tagt an dem in der Einladung angegebenen Ort.

(2) Im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden werden dessen Aufgaben und Rechte durch den stellvertretenden Vorsitzenden wahrgenommen. Ist auch dieser abwesend, entscheiden die Verwaltungsratsmitglieder durch Stimmenmehrheit, welches Verwaltungsratsmitglied den Vorsitz für diese Sitzung übernimmt.

(3) Jedes Verwaltungsratsmitglied kann an jeder Sitzung des Verwaltungsrates teilhaben, indem es schriftlich (mittels Brief, Telefax oder eines anderen vom Verwaltungsrat zugelassenen Kommunikationsmittels) ein anderes Verwaltungsratsmitglied zu seinem Bevollmächtigten ernennt. Ein Verwaltungsratsmitglied kann mehrere seiner Kollegen vertreten.

(4) Darüber hinaus kann jedes Verwaltungsratsmitglied an einer Sitzung im Wege einer Videokonferenz teilnehmen oder durch andere Fernkommunikationsmittel, die ihre Identifizierung ermöglichen. Solche Mittel müssen technischen Charakteristika genüge leisten, die die tatsächliche Teilnahme an der Sitzung, deren Beratungen und Entscheidungen kontinuierlich übertragen werden, garantieren. Diese Teilnahme steht einer persönlichen Anwesenheit in einer Sitzung gleich.

(5) Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder bei der Sitzung anwesend ist oder vertreten wird.

(6) Alle Verwaltungsratsmitglieder erhalten spätestens drei (3) Bankarbeitstage vor dem für eine Sitzung angesetzten Datum eine schriftliche Mitteilung, dies gilt nicht im Dringlichkeitsfall, wobei dann die Art und die Umstände, aus denen sich die besondere Dringlichkeit ergibt, in der Mitteilung anzugeben sind. Es kann auf den Einberufungsbescheid verzichtet werden, falls jedes Verwaltungsratsmitglied hierzu per Telegramm, Telefax, Telex oder andere elektronische Mittel hierzu sein Einverständnis erteilt. Sofern ein Verwaltungsratsbeschluss über Zeit und Ort von Verwaltungsratssitzungen vorliegt, erübrigt sich eine gesonderte Mitteilung.

(7) Beschlüsse des Verwaltungsrats sind wirksam, wenn sie im Rahmen von ordnungsgemäß einberufenen Verwaltungsratssitzungen gefasst werden. Schriftliche, von allen Verwaltungsratsmitgliedern genehmigte und unterzeichnete Beschlüsse (Umlaufbeschlüsse) haben dieselbe Rechtswirksamkeit wie Beschlüsse, die im Rahmen einer Verwaltungsratssitzung durch Stimmenabgabe gefasst wurden. Jedes Verwaltungsratsmitglied genehmigt einen solchen Beschluss per Telefax oder ein gleichwertiges Kommunikationsmittel. Einer besonderen Protokollierung bedarf es im Falle der schriftlichen Beschlussfassung nicht, da dem schriftlichen Beschluss insoweit die gleiche Beweiskraft zukommt wie einem Protokoll.

(8) Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der Stimmen der anwesenden und der vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

(9) Beschlüsse des Verwaltungsrats werden in Protokollen festgehalten, die vom Vorsitzenden unterzeichnet werden. Abschriften oder Auszüge aus diesen Protokollen, die in Rechtsstreitigkeiten oder an anderer Stelle vorgelegt werden, bedürfen gegebenenfalls der Unterschrift des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden oder von zwei (2) Verwaltungsratsmitgliedern.

Art. 20. Befugnisse des Verwaltungsrats.

(1) Der Verwaltungsrat ist befugt, sämtliche Verwaltungs- und Verfügungshandlungen innerhalb des Gesellschaftszwecks und im Rahmen der Anlagepolitik und Anlagegrenzen gemäß Artikel 5 im Namen der Gesellschaft vorzunehmen.

(2) Sämtliche Befugnisse, die nicht aufgrund rechtlicher Vorschriften oder dieser Satzung der Hauptversammlung der Gesellschaft oder Versammlung eines Teilfonds vorbehalten sind, fallen in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrats.

(3) Der Verwaltungsrat ist insbesondere befugt, Kredite aufzunehmen sowie gegenwärtige oder künftige Vermögensgegenstände oder Teile davon mit einer Hypothek, einem Sicherungs- oder einem Pfandrecht zu belasten oder andere Sicherheiten dafür zu gewähren.

Art. 21. Zeichnungsbefugnis. Dritten gegenüber wird die Gesellschaft durch die gemeinsame Unterschrift von zwei (2) Verwaltungsratsmitgliedern rechtsgültig verpflichtet oder durch die gemeinsame oder alleinige Unterschrift von Personen, die auch Verwaltungsratsmitglieder sein können, die durch den Verwaltungsrat ermächtigt wurden.

Art. 22. Übertragung von Befugnissen.

(1) Der Verwaltungsrat kann Aufgaben und Befugnisse (einschließlich der Zeichnungsbefugnis für die Gesellschaft im Rahmen der laufenden Geschäftsführung) auf einzelne Mitglieder des Verwaltungsrates, einen oder mehrere Geschäftsführer, leitende Angestellte oder Bevollmächtigte übertragen. Bei den Bevollmächtigten kann es sich um natürliche oder juristische Personen handeln. Der Verwaltungsrat kann die Übertragung von Befugnissen jederzeit rückgängig machen.

(2) Im Falle der Übertragung der laufenden Geschäftsführung der Gesellschaft ist der Verwaltungsrat verpflichtet, der Hauptversammlung der Gesellschaft jährlich über die Gebühren, die Vergütung und sonstige diesem Geschäftsführer oder diesen Geschäftsführern gewährten Vorteile zu berichten.

(3) Der Verwaltungsrat kann zudem bestimmte Befugnisse auf Bevollmächtigte übertragen, die keine Verwaltungsratsmitglieder sind.

(4) Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat jeweils einen oder mehrere Ausschüsse bilden, die sich aus Verwaltungsratsmitgliedern und/oder außenstehenden Personen zusammensetzen, an die der Verwaltungsrat nach Bedarf Befugnisse delegieren kann. Außerdem kann der Verwaltungsrat sich durch einen Investorenbeirat, dessen Zusammensetzung und Befugnisse durch den Verwaltungsrat festgelegt werden, beraten lassen.

Art. 23. Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder.

(1) Die Hauptversammlung der Gesellschaft kann den Verwaltungsratsmitgliedern für die geleisteten Dienste jährlich eine feste Vergütung zahlen. Diese Vergütungen werden als allgemeine Ausgaben der Gesellschaft verbucht und durch den Verwaltungsrat nach freiem Ermessen unter den Verwaltungsratsmitgliedern aufgeteilt.

(2) Außerdem können den Verwaltungsratsmitgliedern die von ihnen in Bezug auf die Gesellschaft getätigten Ausgaben vergütet werden, sofern sie angemessen sind.

(3) Die Vergütung des Vorsitzenden und des Schriftführers des Verwaltungsrats sowie die der Geschäftsführer, leitenden Angestellten und Bevollmächtigten der Gesellschaft werden durch den Verwaltungsrat festgelegt.

Art. 24. Kosten und Gebühren.

(1) Die Gesellschaft trägt alle Gründungskosten, insbesondere Kosten für Rechts- und Steuerberatung und Kosten im Zusammenhang mit der Strukturierung, Gründung und Auflegung der Gesellschaft und dem Angebot von Aktien. Diese können gemäß den Bestimmungen des Emissionsdokumentes zwischen den einzelnen aufgelegten Teilfonds verteilt werden. Die Gründungskosten können während eines Zeitraums von fünf (5) Jahren verteilt und abgeschrieben werden.

(2) Ferner können der Gesellschaft bzw. dem/den jeweiligen Teilfonds gemäß den Bestimmungen des Emissionsdokumentes unter anderem Beratungsvergütungen und/oder Performancevergütungen, sowie andere ähnliche Kosten und Gebühren, belastet werden.

(3) Ferner können der Gesellschaft bzw. den jeweiligen Teilfonds folgende (laufende) Kosten belastet werden:

(a) In Luxemburg übliche Gebühren der Depotbank, Register- und Transferstelle sowie der Zentralverwaltung. Ferner können diese Dienstleister zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens entstandene Auslagen und bankübliche Spesen (sowohl im Rahmen des Erwerbs oder der Veräußerung als auch im Zusammenhang mit der Verwahrung von Vermögenswerten, hierin inbegriffen Gebühren eventueller Korrespondenzbanken sowie alle fremden Abwicklungs, Versand- und Versicherungsspesen) in Rechnung stellen sowie ggf transaktionsabhängige Gebühren vereinnahmen.

(b) Kosten für die Tätigkeit des Verwaltungsrates und für die Entlohnung von Angestellten der Gesellschaft einschließlich bzw. sowie Geschäftsführern, die den jeweiligen Teilfonds anteilig belastet werden sowie Kosten des Investitionsbeirates eines Teilfonds (falls anwendbar), die dem jeweiligen Teilfonds belastet werden.

(c) Alle angemessenen Kosten und Auslagen, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten, der Verwaltung, und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen, insbesondere Kosten und Auslagen im Zusammenhang mit der Identifizierung und der Due-Diligence-Prüfung potentieller Investments, ungeachtet dessen, ob eine derartige Transaktion genehmigt oder erfolgreich abgeschlossen wird, als auch Kosten im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften.

(d) Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewertung des jeweiligen Teilfondsvermögens und der Vermögenswerte, insbesondere die Kosten und Auslagen eines etwaigen Sachverständigen, entstehen.

(e) Die Kosten der Ausgabe und gegebenenfalls Rücknahme von Aktien.

(f) Steuern und öffentliche Abgaben, die auf das jeweilige Teilfondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden.

(g) Kosten für Rechts- und Steuerberatung und Buchhaltung sowie für die Erstellung von Steuererklärungen und Jahresabschlüssen, die der Gesellschaft, den jeweiligen Teilfonds, den Tochtergesellschaften und Co-Investments entstehen sowie die angemessenen Kosten für Gutachter, Sachverständige, sonstige Berater und Fachleute.

(h) Kosten in Zusammenhang mit der Errichtung und Verwaltung von Tochtergesellschaften und Co-Investment, wobei die Kosten für die Gründung von Projektgesellschaften den jeweiligen Projektgesellschaften zugerechnet werden.

(i) Versicherungskosten.

(j) Kosten des Wirtschaftsprüfers.

(k) Kosten für die Erstellung, Vorbereitung, Hinterlegung, Veröffentlichung, den Druck, den Vertrieb und den Versand sämtlicher Dokumente in allen notwendigen Sprachen, insbesondere des Emissionsdokuments, der Satzung, der Jahres- oder sonstigen Berichte, der Vermögensaufstellungen, der Mitteilungen an die Aktionäre, der Einberufungen, sofern möglich Anträge auf Bewilligung in den Ländern, in denen die Aktien platziert werden sollen, die Korrespondenz mit den betroffenen Aufsichtsbehörden sowie sonstiger für die Aktionäre bestimmten Veröffentlichungen und sonstiger Pflichtinformationen.

(l) Alle regelmäßig anfallenden Verwaltungskosten der Gesellschaft und Tochtergesellschaften, insbesondere die Kosten für die Einberufung und Durchführung der Hauptversammlung der Gesellschaft und Versammlungen der Teilfonds, ggf. anderer Gremien der Gesellschaft, eine etwaige Vergütung der Mitglieder dieser Gremien der Gesellschaft, einschließlich der Reisekosten, angemessener Spesen und etwaiger Sitzungsgelder.

(m) Die Auslagen für Barmittelverwaltung sowie Werbungs- und Versicherungskosten, Zinsen, Bankgebühren, Devisenumtauschkosten und Porto-, Telefon-, Fax-, und Telexgebühren und Mietkosten von Büroflächen.

(n) Die Verwaltungsgebühren, die bei sämtlichen betroffenen Behörden zu entrichten sind, insbesondere die Verwaltungsgebühren der CSSF und anderer Aufsichtsbehörden sowie die Gebühren für die Hinterlegung der Dokumente der Gesellschaft.

(o) Kosten im Zusammenhang mit einer etwaigen Börsenzulassung.

(p) Kosten die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Aktien anfallen, einschließlich eventueller Lizenzgebühren.

(q) Weitere Kosten der Verwaltung, einschließlich der Kosten der Interessenverbände sowie Provisionen und Gebühren an Dritte, an die Aufgaben der täglichen Verwaltung delegiert werden.

(r) Von der Gesellschaft bzw. deren Teilfonds, den Tochtergesellschaften oder Co-Investments zu tragende Finanzierungskosten (inklusive Zinsen, Bereitstellungsprovision, Beratungskosten der finanzierenden Bank, Kosten für die Bestellung von Kreditsicherheiten).

(s) Kosten für die Auflage von neuen Teilfonds oder Aktienklassen, die dem jeweiligen Teilfonds zugerechnet werden.

(4) Alle Gebühren und Kosten verstehen sich zuzüglich ggf. anfallender Mehrwertsteuer.

(5) Die oben aufgeführten Kosten und Gebühren können der Gesellschaft auch für ihre (direkten oder indirekten) Tochtergesellschaften oder Co-Investments weiterbelastet werden.

Art. 25. Interessenkonflikte.

(1) Kein Vertrag und kein Vergleich, den die Gesellschaft mit einer anderen Gesellschaft schließt, wird allein durch die Tatsache beeinträchtigt oder unwirksam, dass eines oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats, Geschäftsführer oder Bevollmächtigte der Gesellschaft irgendwelche Interessen an dieser anderen Gesellschaft haben.

(2) Ein Verwaltungsratsmitglied, ein Geschäftsführer oder Bevollmächtigter der Gesellschaft, der Verwaltungsratsmitglied, Geschäftsführer, Bevollmächtigter oder Angestellter einer anderen Gesellschaft ist, mit der die Gesellschaft einen Vertrag schließt oder in einer anderen Weise in geschäftlichen Beziehungen tritt, verliert nicht dadurch das Recht in Angelegenheiten zu beraten, abzustimmen und zu handeln, die mit einem solchen Vertrag oder solchen Geschäften in Zusammenhang stehen.

(3) Sofern ein Verwaltungsratsmitglied im Zusammenhang mit einem Geschäftsvorfall der Gesellschaft ein den Interessen der Gesellschaft gegensätzliches persönliches Interesse hat, wird dieses Verwaltungsratsmitglied dem Verwaltungsrat dieses gegensätzliche persönliche Interesse mitteilen und im Zusammenhang mit diesem Geschäftsvorfall nicht an Beratungen oder Abstimmungen teilnehmen und dieser Geschäftsvorfall wird ebenso wie das persönliche Interesse des Verwaltungsratsmitglieds der nächstfolgenden Hauptversammlung der Gesellschaft berichtet.

Die beschriebene Regelung findet keine Anwendung auf Beschlüsse des Verwaltungsrats im Zusammenhang mit Geschäften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und die zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen werden.

Art. 26. Freistellung und Entschädigung. Die Gesellschaft wird die Mitglieder des Verwaltungsrats, Geschäftsführer, leitenden Angestellten und Mitarbeiter der Gesellschaft, etwaiger Berater sowie jeden Vertreter eines etwaigen Investorenbeirats für jede Haftung und alle Forderungen, Schäden und Verbindlichkeiten, denen diese unter Umständen aufgrund ihrer Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglied, Geschäftsführer, leitende Angestellte oder Mitarbeiter der Gesellschaft, der etwaigen Berater oder als ein Vertreter eines etwaigen Investorenbeirats aufgrund einer von ihnen im Zusammenhang mit der Gesellschaft vorgenommenen oder unterlassenen Handlung unterliegen, soweit dies nicht durch ihre grobe Fahrlässigkeit, Betrug oder vorsätzliches Fehlverhalten verursacht wurde, aus dem Vermögen der Gesellschaft bzw. des jeweiligen Teilfonds entschädigen beziehungsweise von solcher Haftung oder solchen Forderungen Dritter,

Schäden und Verbindlichkeiten gegenüber Dritten freistellen. Im Falle eines Vergleichs erfolgt eine Entschädigung nur im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die von dem Vergleich abgedeckt werden und sofern die Gesellschaft von einem Rechtsberater bestätigt bekommt, dass die zu entschädigende Person keine Pflichtverletzung begangen hat.

Art. 27. Wirtschaftsprüfer.

- (1) Die im Jahresbericht enthaltenen Daten werden von einem oder mehreren Wirtschaftsprüfern, die von der Hauptversammlung der Gesellschaft beauftragt und von der Gesellschaft vergütet werden, überprüft.
- (2) Die Wirtschaftsprüfer erfüllen alle Pflichten, die das Gesetz von 2007 vorschreibt.

Kapitel IV. Hauptversammlung der Gesellschaft - Versammlung eines Teilfonds - Geschäftsjahr - Ausschüttungen

Art. 28. Vertretung. Die ordnungsgemäß einberufene Hauptversammlung der Gesellschaft vertritt die Gesamtheit der Aktionäre. Ihre Beschlüsse sind für alle Aktionäre verbindlich. Sie hat die gesetzlichen Befugnisse zur Anordnung, Durchführung und Genehmigung aller mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängenden Handlungen, soweit sie nicht in dieser Satzung oder von Gesetzes wegen dem Verwaltungsrat vorbehalten sind.

Art. 29. Hauptversammlung der Gesellschaft - Versammlung eines Teilfonds.

- (1) Die Hauptversammlung der Gesellschaft wird vom Verwaltungsrat einberufen. Sie kann auch auf Antrag von Aktionären, die mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals repräsentieren, einberufen werden.
- (2) Die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft findet nach den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts jährlich am ersten Mittwoch im Monat Juni um 11.00 Uhr Ortszeit am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen Ort in der Gemeinde des Sitzes der Gesellschaft, statt. Sollte dieser Tag kein Bankarbeitstag sein, ist die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft zur gleichen Uhrzeit am nächstfolgenden Bankarbeitstag abzuhalten.
- (3) Außerordentliche Hauptversammlungen der Gesellschaft können an den in den jeweiligen Einberufungsmitteilungen genannten Orten und Zeiten abgehalten werden.
- (4) Aktionäre können persönlich an der Hauptversammlung der Gesellschaft teilnehmen oder einen bevollmächtigten Vertreter entsenden. Beschlüsse der Aktionäre können, soweit sich aus diesem Artikel 29 oder nach zwingenden Bestimmungen des luxemburgischen Rechts nichts anderes ergibt, nur auf einer Hauptversammlung der Gesellschaft gefasst werden.
- (5) Der Verwaltungsrat lädt die Aktionäre unter Mitteilung der Tagesordnung mindestens acht (8) Kalendertage vor der Hauptversammlung der Gesellschaft ein. Die Einladung wird per Brief an die im Aktienregister eingetragenen Adressen der im Aktienregister eingetragenen Aktionäre versandt oder an andere von den Aktionären angegebene Adressen. Die Aufstellung der Tagesordnung erfolgt durch den Verwaltungsrat. Die Hauptversammlung kann auch auf Antrag von Aktionären, welche wenigstens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals repräsentieren, zusammentreten. Wird die Hauptversammlung binnen eines Monats nach Antragstellung nicht abgehalten, so können die Aktionäre, welche wenigstens ein Zehntel des Gesellschaftsvermögens repräsentieren, die Benennung eines Bevollmächtigten durch den Vorsitzenden der Handelskammer des luxemburgischen Bezirksgerichts verlangen, welcher dann die Einberufung der Hauptversammlung veranlasst. Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt in der gesetzlich vorgeschriebenen Form.
- (6) Aktionäre, welche wenigstens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals repräsentieren, haben ferner das Recht, bis fünf Tage vor Abhaltung der einberufenen Hauptversammlung durch eingeschriebenen Brief weitere Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen.
- (7) Wenn sämtliche Aktien als Namensaktien ausgegeben wurden und wenn keine Veröffentlichungen erfolgen, kann die Einladung ausschließlich per Einschreiben erfolgen. Die Einladung zur Hauptversammlung der Gesellschaft wird, falls gesetzlich vorgeschrieben, im Mémorial, in einer beziehungsweise in mehreren luxemburgischen Tageszeitungen und in anderen, vom Verwaltungsrat ausgewählten Tageszeitungen veröffentlicht.
- (8) Die Hauptversammlung der Gesellschaft kann ohne eine förmliche Einladung stattfinden, wenn alle Aktionäre anwesend beziehungsweise ordnungsgemäß vertreten sind und sich als ordnungsgemäß versammelt und über die Tagesordnung informiert erklären.
- (9) Auf einer Hauptversammlung der Gesellschaft dürfen nur die in der Tagesordnung enthaltenen Tagesordnungspunkte (die alle gesetzlich vorgeschriebenen Angelegenheiten einschließen müssen) und damit zusammenhängende Angelegenheiten behandelt werden.
- (10) Der Verwaltungsrat kann Bedingungen festlegen, die die Aktionäre erfüllen müssen, um zur Hauptversammlung der Gesellschaft zugelassen zu werden. Weiterhin gelten alle anwendbaren Regeln des Gesetzes von 1915.
- (11) Aktionäre, die Aktien an einem Teilfonds halten, können jederzeit Versammlungen des betreffenden Teilfonds zur Regelung von ausschließlich diesen Teilfonds betreffenden Angelegenheiten abhalten. Für Versammlungen der Teilfonds gelten die Absätze 1 sowie 3-10 entsprechend.

Art. 30. Mehrheitserfordernisse.

- (1) Jede Aktie eines Teilfonds gewährt, im Einklang mit den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts und dieser Satzung, eine Stimme. Ein Aktionär kann auf jeder Hauptversammlung der Gesellschaft und Versammlung eines Teilfonds

handeln, indem er einer anderen Person, die kein Aktionär sein muss, aber Verwaltungsratsmitglied sein kann, eine schriftliche Stimmrechtsvollmacht erteilt.

(2) Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen gemäß dem Gesetz von 1915, dieser Satzung oder den im Emissionsdokument für den einzelnen Teilfonds getroffenen Regelungen werden Beschlüsse der Hauptversammlung der Gesellschaft oder von Versammlungen eines bestimmten Teilfonds mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Stimmen gefasst.

Art. 31. Geschäftsjahr.

(1) Vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen beginnt das Geschäftsjahr der Gesellschaft am 1. Januar eines jeden Kalenderjahres endet am 31. Dezember desselben Kalenderjahres.

(2) Die Abschlüsse sind in Euro beziehungsweise in der oder den vom Verwaltungsrat bestimmten anderen Währungen ausgewiesen und der Jahresbericht wird auf Grundlage der allgemein anerkannten Grundsätze der Rechnungslegung in Luxemburg aufgestellt.

Art. 32. Ertragsverwendung.

(1) Die Verwendung der Erträge wird im jeweiligen teilfondsspezifischen Anhang des Emissionsdokumentes geregelt.

(2) Der Verwaltungsrat kann im Rahmen der luxemburgischen gesetzlichen Bestimmungen Zwischenausschüttungen beschließen.

(3) Ausschüttungen an die Aktionäre werden auf das angegebene Konto gezahlt. Die Ausschüttungen erfolgen zu einem vom Verwaltungsrat festgelegten Zeitpunkt in Euro. Jede Ausschüttung, die nicht innerhalb von fünf (5) Jahren nach ihrem Beschluss in Anspruch genommen wurde, verfällt zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

(4) Auf Ausschüttungen, die von der Gesellschaft beschlossen und von ihr zur Verwendung durch den Begünstigten verwahrt werden, werden keine Zinsen gezahlt.

Kapitel V. Schlussbestimmungen

Art. 33. Depotbank.

(1) Gemäß dem Gesetz von 2007, wird die Gesellschaft im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang einen Depotbankvertrag mit einer Depotbank abschließen.

(2) Die Depotbank hat ihren Pflichten und Verantwortlichkeiten gemäß dem Gesetz von 2007 nachzukommen.

(3) Falls die Depotbank von ihren Aufgaben entbunden werden möchte, wird sich der Verwaltungsrat nach besten Kräften bemühen, innerhalb von neunzig (90) Tagen nach Wirksamkeit dieses Ausscheidens eine andere Bank als Nachfolgerin zu finden. Die Verwaltungsratsmitglieder können die Bestellung der Depotbank beenden, aber die Depotbank erst abberufen, nachdem eine andere Bank als deren Nachfolgerin ernannt wurde, die fortan die Aufgaben als Depotbank erfüllen soll.

Art. 34. Auflösung der Gesellschaft.

(1) Die Gesellschaft kann jederzeit durch Beschluss der Hauptversammlung aufgelöst werden. Ein solcher Beschluss bedarf einem Quorum gemäß dem Gesetz von 1915 und einer Mehrheit von 75% der anwesenden oder vertretenen Stimmen. Des Weiteren erfolgt die Auflösung zwingend in den übrigen in der Satzung vorgesehenen Fällen.

(2) Sollte der Nettoinventarwert unter zwei Drittel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitals von einer Million zweihundertfünfzigtausend Euro (EUR 1.250.000,-), fallen, so hat der Verwaltungsrat der Hauptversammlung der Gesellschaft die Entscheidung über die Auflösung der Gesellschaft vorzulegen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft, die in diesem Fall ohne Quorum beschlussfähig ist, entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der auf der Hauptversammlung der Gesellschaft abgegebenen Stimmen. Fällt das Gesellschaftsvermögen unter ein Viertel des gesetzlichen Mindestgesellschaftsvermögens, legt der Verwaltungsrat die Frage der vorzeitigen Auflösung der Hauptversammlung der Gesellschaft vor, die ohne Quorumfordernis und mit einer Mehrheit von einem Viertel der abgegebenen Stimmen über die Auflösung zu entscheiden hat. Die Hauptversammlung der Gesellschaft muss so rechtzeitig einberufen werden, dass sie innerhalb von vierzig (40) Kalendertagen nach dem Tag, an dem festgestellt wird, dass das Nettogesellschaftsvermögen unterhalb zwei Drittel bzw. ein Viertel des gesetzlichen Minimums gefallen ist, abgehalten werden kann.

(3) Die Ausgabe neuer Aktien durch die Gesellschaft wird am Tag der Veröffentlichung der Einberufung zur Hauptversammlung der Gesellschaft, bei der die Auflösung vorgeschlagen werden wird, eingestellt.

Art. 35. Auflösung und Verschmelzung von Teilfonds.

(1) Die Versammlung eines jeweiligen Teilfonds kann mit einer Mehrheit von 75% der anwesenden oder vertretenen Stimmen ohne Quorum beschließen, den jeweiligen Teilfonds aufzulösen, indem die betroffenen Aktien entwertet werden und den betroffenen Aktionären der Nettoinventarwert der Aktien dieses oder dieser Teilfonds zurückerstattet wird.

(2) Teilfonds mit einer beschränkten Laufzeit werden grundsätzlich zum jeweiligen Laufzeitende aufgelöst und liquidiert. Bei der Festlegung des effektiven Liquidationszeitpunktes ist jedoch auf die voraussichtliche Dauer der Veräußerung der Vermögenswerte des Teilfonds so Bedacht zu nehmen, dass die Interessen der Aktionäre bestmöglich gewahrt bleiben. Sachausschüttungen an die Aktionäre der betreffenden Teilfonds werden nicht erfolgen. Die Aktionäre des jeweiligen

Teilfonds können mit einer Mehrheit von 75% der anwesenden oder vertretenen Stimmen auch eine Verlängerung des Teilfonds und damit verbundene Bedingungen beschließen.

(3) Durch Beschluss der Versammlung des jeweiligen Teilfonds mit einer Mehrheit von 75% der anwesenden oder vertretenen Stimmen, kann das Auflösungsdatum auch vor- oder nachverlegt werden.

(4) Nimmt der Nettoinventarwert eines Teilfonds, gleich aus welchem Grund, in einem Maße ab, das von Zeit zu Zeit vom Verwaltungsrat bestimmt wird, so dass eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung des/der betroffenen Teilfonds nicht mehr möglich ist, oder wenn eine Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Situation materiell ungünstige Folgen auf die Anlagen eines Teilfonds haben könnte, kann der Verwaltungsrat zu jeder Zeit beschließen den Teilfonds aufzulösen (ohne Bestellung von Liquidatoren) und die zwangsweise Einziehung sämtlicher Aktien der betreffenden Teilfonds zum jeweiligen Nettovermögenswert je Aktie beschließen.

(5) Die Entscheidung der Auflösung des Teilfonds wird den betroffenen Aktionären mitgeteilt und gibt die Gründe und das Verfahren der zwangsweisen Einziehung an. Die im Aktienregister eingetragenen Aktionäre werden per Einschreiben benachrichtigt. Hierbei werden die eigentlichen Veräußerungspreise und -ausgaben der Vermögenswerte berücksichtigt, und auf den Bewertungstag berechnet, an dem der entsprechende Beschluss wirksam wird. Ab dem Datum der Auflösung des Teilfonds ist ein Rückkauf der Aktien nicht mehr zulässig.

(6) Vermögenswerte, die nach der Durchführung der Auflösung des jeweiligen Teilfonds nicht an die Investoren ausgeschüttet werden können, werden für neun (9) Monate ab dem Tag des Inkrafttretens bei der Depotbank hinterlegt. Nach diesem Zeitraum werden die Vermögenswerte, gemäß den Anforderungen des Gesetzes von 2007, bei der Caisse de Consignation im Namen der Investoren hinterlegt.

(7) Alle zurückbezahlten Aktien werden in den Büchern der Gesellschaft annulliert.

(8) Unter den in Absatz (4) beschriebenen Voraussetzungen kann der Verwaltungsrat beschließen, die Vermögenswerte des zu liquidierenden Teilfonds einem anderen Teilfonds der Gesellschaft, oder einem anderen spezialisierten Investmentfonds im Sinne des Gesetzes von 2007 ("Neuer OGA") zuzuteilen. Die Entscheidung muss einen (1) Monat vor dem Tag, an dem die Verschmelzung wirksam wird, den jeweiligen Investoren mitgeteilt werden. Diese Mitteilung muss Informationen in Bezug auf den Neuen OGA enthalten, während dieser Monatsfrist wird den Aktionären die kostenlose Rücknahme ihrer Aktien angeboten.

(9) Wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind, kann der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Aktionäre entscheiden, einen Teilfonds mit einem anderen Teilfonds zu verschmelzen:

(i) wenn der Nettoinventarwert des betreffenden Teilfonds unter einen gewissen Betrag fällt, der vom Verwaltungsrat als angemessen angesehen wird, um diesen Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise verwalten zu können, und/oder

(ii) bei Änderungen im wirtschaftlichen und/oder politischen Umfeld des Teilfonds.

(10) Die Entscheidung zu einer Verschmelzung eines Teilfonds muss einen (1) Monat vor dem Tag, an dem die Verschmelzung wirksam wird, den betroffenen Investoren mitgeteilt werden. Diese Mitteilung muss Informationen in Bezug auf den neuen Teilfonds enthalten, während dieser Monatsfrist wird den Aktionären die kostenlose Rücknahme ihrer Aktien angeboten.

(11) Ein Beschluss, die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eines Teilfonds in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen einzubringen, wie in den vorausgehenden Absätzen beschrieben, oder in einen anderen Teilfonds innerhalb eines solchen Organismus für gemeinsame Anlagen kann grundsätzlich durch Beschluss der Aktionäre des betroffenen Teilfonds gefasst werden, wobei die Anforderungen an die Beschlussfähigkeit und die Mehrheitserfordernisse wie für eine Auflösung des Teilfonds gelten. Sofern der Teilfonds jedoch mit einem luxemburgischen Organismus für gemeinsame Anlagen auf vertraglicher Basis („fonds commun de placement“) oder einem im Ausland angesiedelten Organismus für gemeinsame Anlagen verschmolzen wird, ist der Beschluss nur für diejenigen Aktionäre bindend, die für eine solche Verschmelzung gestimmt haben.

Art. 36. Liquidation.

(1) Die Liquidation der Gesellschaft und/oder eines Teilfonds wird von einem oder mehreren Liquidatoren vorgenommen, bei denen es sich um natürliche oder juristische Personen handeln kann, die von der CSSF genehmigt werden müssen. Die Hauptversammlung der Gesellschaft bzw. im Falle der Liquidation (eine Auflösung gemäß den Voraussetzungen von Artikel 35 (4) durch den Verwaltungsrat nicht inbegriffen) eines bestimmten Teilfonds die Versammlung des jeweiligen Teilfonds bestellt die Liquidatoren und bestimmt deren Befugnisse und Vergütung.

(2) Im Falle einer Auflösung wird der/werden die Liquidator/en die Vermögenswerte der Gesellschaft bzw. des jeweiligen Teilfonds unter Wahrung der Interessen der Aktionäre verwerten und die Depotbank wird den Nettoliquidationserlös (nach Abzug sämtlicher Kosten der Liquidation) auf Anweisung des/der Liquidators/Liquidatoren an die Aktionäre im Verhältnis ihrer jeweiligen Rechte verteilen. Gemäß den Vorschriften des Luxemburger Rechts wird der Liquidationserlös für Aktien, die nicht zur Rückzahlung eingereicht wurden, nach Abschluss der Liquidation für den gesetzlich festgelegten Zeitraum bei der Caisse de Consignation hinterlegt werden. Beträge, die dort innerhalb der gesetzlichen Frist nicht angefordert werden, verfallen gemäß den Bestimmungen des luxemburgischen Rechts.

Art. 37. Änderungen der Satzung. Diese Satzung kann nur durch die Hauptversammlung unter Einhaltung der Vorschriften des Gesetzes von 1915 und/oder des Gesetzes von 2007 bezüglich Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse

geändert oder ergänzt werden. Alle Artikel, die besondere Mehrheitsanforderungen enthalten, können nur mit der entsprechenden Mehrheit geändert werden.

Art. 38. Maßgebliches Recht. Alle nicht in dieser Satzung geregelten Angelegenheiten werden im Einklang mit dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2007 entschieden. Im Konfliktfalle zwischen dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2007 geht das Gesetz von 2007 vor.

Übergangsbestimmungen

- (1) Das erste Geschäftsjahr beginnt am Gründungstag der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2012.
- (2) Die erste Hauptversammlung wird im Jahr 2013 stattfinden.

Zeichnung des Gründungskapitals

Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-), voll eingezahlt und eingeteilt in einunddreißig (31) Aktien ohne Nennwert des Teilfonds „G-FERE“. Das gesamte Gründungskapital wird von „Gascom Renew S.p.A.“, vorgenannt, gezeichnet.

Alle Aktien wurden vollständig in bar eingezahlt, so dass die Summe von einunddreißigtausend Euro (EUR 31.000,-) der Gesellschaft ab sofort zur Verfügung steht, wie dies dem amtierenden Notar nachgewiesen wurde.

Erklärung

Der unterzeichnete Notar erklärt, dass die Bedingungen des Artikels 26 des Gesetzes vom 10. August 1915, wie abgeändert, beachtet und erläutert wurden.

Kosten

Der Gesamtbetrag der Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Auslagen, unter welcher Form auch immer, welche der Gesellschaft aus Anlass dieser Urkunde entstehen und für die sie haftet, beläuft sich auf ungefähr zweitausendachthundert Euro.

Gründungshauptversammlung der Gesellschaft

Unverzüglich nach der Gründung der Gesellschaft, hat die erschienene Partei, welche das gesamte gezeichnete Gesellschaftskapital vertritt, als Alleingesellschafterin folgende Beschlüsse gefasst:

(I) Die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder wird auf vier (4) festgesetzt:

(II) Zu Verwaltungsratsmitgliedern werden ernannt:

- Herr Horst BAUMANN, geboren in Mettlach (Bundesrepublik Deutschland), am 2. März 1961, beruflich wohnhaft in L-1341 Luxemburg, 9, place de Clairefontaine (Großherzogtum Luxemburg);
- Herr Jürgen MORTAG, geboren in Stuttgart (Bundesrepublik Deutschland), am 18. Oktober 1964, beruflich wohnhaft in L-2449 Luxemburg, 25A, Boulevard Royal (Großherzogtum Luxemburg);
- Herr Pier Paolo URBINATI, geboren in Urbino (Italien), am 8. Juni 1962, beruflich wohnhaft in I-35129 Padua, Piazza Aldo Moro 12 (Italien); und
- Herr Dr. Thomas KÖLLERMEIER, geboren in Düsseldorf (Bundesrepublik Deutschland), am 24. Januar 1958, beruflich wohnhaft in D-65719 Hofheim, Südhang 15 (Bundesrepublik Deutschland).

Die Mandate der Verwaltungsratsmitglieder enden mit der ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2017.

(III) Zum Wirtschaftsprüfer wird ernannt:

Die Aktiengesellschaft "ERNST & YOUNG", mit Sitz in L-5365 Münsbach, 7, rue Gabriel Lippmann (Großherzogtum Luxemburg), eingetragen im Handels- und Firmenregister von Luxemburg, Sektion B, unter der Nummer 47771.

Das Mandat des Wirtschaftsprüfers endet mit der jährlichen Hauptversammlung des Jahres 2013.

(IV) Sitz der Gesellschaft ist in 7A, rue Robert Stümper, L-2557 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Erklärung

Der unterzeichnete Notar, der die deutsche und englische Sprache spricht und versteht, erklärt hiermit, dass die vorliegende Urkunde in deutscher Sprache ausgefertigt wird, gefolgt von einer englischen Fassung; auf Antrag des Komplementen und im Fall von Abweichungen zwischen dem deutschen und dem englischen Text, ist die deutsche Fassung massgebend.

WORÜBER URKUNDE, aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an den Bevollmächtigten der erschienenen Partei, namens handelnd wie hiervor erwähnt, dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, hat derselbe mit Uns dem Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Es folgt die englische Fassung des vorangegangenen Textes:

In the year two thousand twelve, on the twenty-fifth of October;

Before the undersigned notary Carlo WERSANDT, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg);

APPEARED:

The public limited company governed by the laws of Italy "Gascom Renew S.p.A.", with registered office in I-20123 Milan, Via Circo 12 (Italy), inscribed in the Registro delle Imprese presso la C.C.I.A.A. of Milan, tax code and inscription number 07118700967 (R.E.A. number - (Repertorio Economico Amministrativo) MI - 1936943),

here represented by Mr. David HEINEN, lawyer, residing professionally in Luxembourg, by virtue of a proxy given under private seal, such proxy, after having been signed "ne varietur" by mandatory and the officiating notary, will remain attached to the present deed in order to be recorded with it.

Such appearing party, represented as said before, has required the officiating notary to enact the articles of association of a joint stock corporation (société anonyme) qualified as an open-ended investment company – specialized investment fund (société d'investissement à capital variable - fonds d'investissement spécialisé), which it deems to incorporate, as follows:

Definitions

"Share"	A Share of the Company or the relevant Sub-Fund.
"Shareholder"	An Expert Investor who has acquired Shares.
"General Shareholders' Meeting of the Company"	The general meeting of all Shareholders of the Company.
"General Meeting of a Sub-Fund"	The general meeting of Shareholders of the relevant Sub-Fund.
"Article"	An article of these Articles of Association.
"Excluded Person(s)"	All natural persons and partnerships, corporate entities or other legal persons whose investment in Shares could be detrimental in the estimation of the Board of Directors for the existing Shareholders or the Company and/or the relevant Sub-Fund (this category also includes in particular competitors of any advisor or an affiliated company thereof), could cause the violation of legal provisions (applicable in Luxembourg or elsewhere) or could cause for the Company or the relevant Sub-Fund tax or other detriment in supervisory law (including the classification the fund assets as "plan assets" in the terms of the provisions of the U.S. Department of Labor pursuant to the Employee Retirement Income Security Act of 1974 as amended as well as penalties or fines that would not otherwise have come about. The term "Excluded Person(s)" further includes all Investors who do not meet the definition for "Expert Investors" and U.S. Persons.
"Banking Day"	A day on which the banks in Luxembourg are open for business.
"Valuation Date"	The final Banking Day in each calendar quarter.
"Investment Period"	The period specified for a Sub-Fund in the Issue Document in which all capital commitments pursuant to the provision of a Subscription Agreement are called up by the Company and are to be paid by the Investors in the relevant Sub-Fund.
"Closing"	The dates on which the Board of Directors, at its discretion, accepts the subscription commitment declarations of the Investors for Shares of the Company.
"CSSF"	The Commission de Surveillance du Secteur Financier, die Luxembourg supervisory authorities for the financial sector or the legal successor thereof.
"German Insurance Company"	A German insurance company, pension fund, pension scheme or other pension institution (including a German pension plan) and any other entity subject to the German Insurance Supervision Act.
"German Insurance Supervision Act"	The Act on the Supervision of Insurance Undertakings, as amended.
"Custodian"	The bank appointed by the Company as custodian within the meaning of the Act of 2007.
"Paid-In Capital Commitments"	The portion of the capital commitments of the Investors which has already been called up and paid in the respective Sub-Fund.
"Payment Request"	The request by the Company to an Investor to pay a certain portion of its Outstanding Capital Commitment in return for the issue of Shares of a particular Sub-Fund.
"Issue Document"	The Issue Document of the Company and any changes and additions.

"Initial Issue Phase"	The period determined by the Board of Directors and specified in the Issue Document for the relevant Sub-Fund during which Shares are issued at the Initial Issue Price.
"Initial Issue Price"	The price per share determined by the Board of Directors at which the Company issues the Shares of a Sub-Fund or a share class plus any applicable issue fee during the Initial Issue Phase. The Initial Issue Price applicable for the relevant Sub-Fund and/or share class will be mentioned in the Issue Document.
"Initial Closing"	The Initial Closing defined in detail for each Sub-Fund in the Issue Document.
"EURIBOR"	Abbreviation for "Euro Interbank Offered Rate"; a system for reference interest rates in the Euromarket that took effect within the framework of the European Economic and Monetary Union. EURIBOR is the reference rate for one-week and one- and 12-month deposits and is computed daily by numerous reference banks.
"Euro" or "EUR"	The legal currency of the EU member states which have introduced the Community currency pursuant to the Treaty establishing the European Economic Community, modified by the Treaty on European Union and the Treaty of Amsterdam.
"Act of 1915"	The Luxembourg Act of 10 August 1915 on trading companies as currently amended and/or superseded.
"Act of 2007"	The Luxembourg Act of 13 February 2007 on specialized investment funds as currently amended and/or superseded and the subsequent acts issued in relation thereto.
"Company"	Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI)
"Investor"	Each institutional and Expert Investor that has signed a Subscription Agreement. As required by the circumstances, the term "Investor" will likewise encompass the term "Shareholder."
"Capital Commitment"	The obligation entered into by the Investor towards the Company by signing the Subscription Agreement to pay the money amount specified therein in return for the issue of shares of a particular Sub-Fund.
"Mémorial"	The Luxembourg official gazette, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.
"Net Asset Value (NAV)"	The net asset value determined pursuant to Article 16 of these Articles of Association and the Issue Document for the relevant Sub-Fund and/or relevant share classes.
"Outstanding Capital Commitments"	The portion of the Investor's Capital Commitments which has not been called up and paid to the corresponding Sub-Fund.
"Expert Investors"	An expert investor in the terms of Article 2 of the Act of 2007.
"Articles of Association"	This document.
"Delinquent Investor"	An Investor declared to be delinquent by the Company pursuant to the provisions of these Articles of Association and the Issue Document.
"Sub-Fund"	A sub-fund of the Company in the terms of Article 71 of the Act of 2007, as described in detail in the Issue Document.
"Subsidiary" or "Subsidiaries"	as defined in the Issue Document.
"U.S. Person"	as defined in the Regulation S of the U.S. Securities Act of 1933.
"Affiliated Company"	An entity or person that controls the relevant party directly or indirectly or is controlled by the relevant party or is subject to common control with the relevant party. The term "control" (and analogous terms) means the right in relation to an entity to: (a) represent the majority of the voting rights of the Investor of this entity; or (b) appoint the majority of the members of the management company of this entity; or (c) determine the policy and strategy of this entity;
"Board of Directors"	The Company's Board of Directors.
"Independent Auditor"	The independent auditor (réviseur d'entreprises agréé) named in the Issue Document.
"Subscription Agreement"	The agreement concluded between the Investor and the Company through which the Investor agrees to subscribe up to a specified maximum number of

Shares of a specific Sub-Fund, whereby such amount shall be payable in the full amount or in partial amounts in return for the issue of shares of the corresponding Sub-Fund, provided the Investor receives a Payment Request, and through which the Company for its part agrees to issue fully paid-in Shares of the relevant Sub-Fund to the Investor, provided recourse is taken to the Capital Commitment of the Investor and the Commitment is paid.

Chapter I. Name - Registered Office - Duration - Corporate Purpose.

Art. 1. Name. The Company is formed as a joint stock corporation (société anonyme) and qualifies as an open-ended investment company – specialized investment fund (société d'investissement à capital variable - fonds d'investissement spécialisé), under the name "Growth Fund for Renewable Infrastructure (GFRI)".

Art. 2. Registered Office.

(1) The registered office of the Company is located in the Municipality of Luxembourg City in the Grand Duchy of Luxembourg.

(2) The Board of Directors is authorized to relocate the registered office within the Municipality of Luxembourg City. The registered office may be relocated by resolution of the sole Shareholder or, in the event of several Shareholders, by resolution of the Company's Shareholders in general meeting to another municipality in the Grand Duchy of Luxembourg in the same way as for any amendment of these Articles of Association. Further, branch offices, subsidiaries and representative offices may be formed either in the Grand Duchy or abroad.

(3) If the Board of Directors finds that extraordinary political, economic, societal or military developments have taken place or are imminent, which impair the normal management of the Company's business at the registered office or the smooth communication between such registered office and persons abroad, the registered office may be temporarily relocated abroad by simple resolution of the Board of Directors until the end of these extraordinary circumstances. Any such temporary measure shall not have any impact on the Luxembourg nationality of the Company.

Art. 3. Duration.

(1) The Company is hereby established for an indefinite period of time.

(2) However, the dissolution may be resolved by the Company's Shareholders in general meeting at any time. Article 34 stipulates the details.

Art. 4. Corporate Purpose.

(1) The exclusive corporate purpose of the Company shall be to invest the funds available to it in accordance with the principle of risk diversification of in permissible assets with due regard to the investment policy and investment restrictions of the Company and the respective Sub-Funds described in the Issue Document and the Act of 2007 and to distribute to its Shareholders the results of the management of the assets.

(2) The Company shall be authorized to take all measures and conclude all transactions which the Board of Directors deems expedient to fulfill and promote the corporate purpose in the broadest possible framework enabled by the Act of 2007.

Art. 5. Investment Policy and Investment Limits.

(1) The Board of Directors shall be empowered to implement, while observing the principle of risk diversification, the investment policy and investment limits of the Company and the Sub-Funds determined in the Issue Document and to determine guidelines for the management and the business affairs of the Company within the limits determined in the Issue Document and in conformance with the provisions of law and regulations.

(2) Investments may be made either directly or indirectly, e.g. via subsidiaries and co-investments. To the extent reference is made in these Articles of Association to "investments" and "assets," the terms shall encompass both direct investments and direct economic interest in assets and also indirect investments and/or the indirect economic interest in assets by the aforementioned companies.

Chapter II. Capital - Shares - Net Asset Value

Art. 6. Capital.

(1) The Company's capital shall at all times correspond to the total Net Asset Value of all Sub-Funds pursuant to Article 16.

(2) The formation capital of the Company amounts to thirty-one thousand euro (Euro 31,000.00) and consists of thirty-one (31) fully paid in, no-par-value Shares.

(3) The Company may at any time issue further no-par-value and fully paid-in Shares without granting the existing Shareholders a subscription right to the Shares to be additionally issued - unless decided otherwise by the Board of Directors or stipulated in the Issue Document -.

(4) The minimum capital of the Company shall amount to one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1,250,000). The minimum capital must be reached within 12 (twelve) months from the date of the Company's admission as an undertaking for collective investment pursuant to the statutory provisions of Luxembourg.

Art. 7. Fluctuations in Capital. The Company's capital may be increased or decreased as a consequence of the issue of new, fully paid-in Shares by the Company or, as permissible, the repurchase or redemption of Shares by the Company.

Art. 8. Sub-Funds.

(1) By resolution of the Board of Directors, The Company may at any time launch one or more Sub-Funds representing a separate part of the Company's assets. The Company may define specific features for each Sub-Fund and assign each Sub-Fund its own specific designation. The Sub-Funds may differ in particular through their investment policy and strategy, their investment structure or the Investors subscribing to the relevant Sub-Funds.

(2) The rights of the Shareholders and creditors regarding a Sub-Fund or the rights existing in connection with the formation, administration or liquidation of a Sub-Fund shall be limited to the assets of the individual Sub-Fund.

(3) Recourse may exclusively be taken to the assets of a Sub-Fund for claims of the Shareholders of such Sub-Fund and for claims of creditors that have arisen in connection with the formation, management or liquidation of such Sub-Fund. In relation to the Shareholders among themselves, each Sub-Fund is treated as an independent entity.

(4) Unless stipulated otherwise in the Issue Document, the Shares of each Sub-Fund may not be held by natural persons.

Art. 9. Share Classes. The Board of Directors is entitled to issue one or more classes of Shares, the assets of which are to be invested jointly in conformance with the investment policy of the relevant Sub-Fund of the Company. The share classes may differ with respect to the minimum acquisition, their subscription and redemption fees, fee structure and the rights to dividends and may be furnished with different investor service fees or other fees or have different target groups as Investors, different restrictions on transfer, reference currencies and/or other variant features as determined by the Board of Directors. The Net Asset Value per Share shall be calculated separately for each issued share class in each Sub-Fund.

Art. 10. Form of Shares.

(1) The Shares shall be issued as registered shares; no physical certificates shall be issued. Each Shareholder shall receive a written confirmation that the Shares have been entered in its name in the Share Register. The Shares shall be issued in relation to a specific Sub-Fund. The Shareholders shall participate in the respective Sub-Fund assets in the amount of their Shares. The Shares shall be issued exclusively as fully paid-in Shares.

(2) All Shares issued by the Company shall be entered in the Share Register, which shall be kept by the Company or by one or more persons named by the Company. Such Register shall contain the names of each Shareholder, the number of Shares held by it and the address specified by it. The entry in the Share Register shall be considered as clear proof of the title to the Shares and the Company shall treat the entered Shareholder as unrestricted and economic owner of these Shares.

(3) Each Shareholder must inform the Company of the address, fax number and e-mail address to which all notices and announcements can be sent; this information shall likewise be entered in the Register. Shareholders may change the address entered in the Register at any time by writing to the Company at the Company's registered office or to any other address determined by the Board of Directors. If a Shareholder fails to specify an address, the Company may note this in the Share Register. In such case, until an address is specified by the Shareholder the Company's registered office or another address to be determined by the Company and entered in the Share Register shall be considered the address of the Shareholder.

(4) The entry in the Share Register shall be signed by one or more Board of Directors members or by one or more natural or legal persons authorized accordingly by the Company.

(5) After the issue, the Shares of a Sub-Fund or a share class shall entitle their holders to participate equally and with the same priority in the current earnings and capital gains and in the liquidation proceeds of the respective Sub-Fund and share class to which the Shares pertain.

(6) Each Share shall entitle its owner to one vote at general shareholders' meetings of the Company and of the relevant Sub-Fund. Shares may be issued in fractions with up to three decimal places, whereby the Company shall be entitled to any differences between the rounded amount and the exact fractional amount. Fractions of Shares shall not entitle the holders to vote, unless they together constitute a whole Share. However, fractions of Shares shall entitle their holders to participate in dividends and liquidation proceeds.

(7) The Company shall only recognize one owner per Share. In the case of Shares held by more than one person, the Company has the right to suspend the exercise of the rights associated with such Shares until a person is appointed as sole owner in relation to the Company. This shall also apply in the case of conflicts between a usufructuary and the creator of the usufruct and between a pledgor and the pledgee.

Art. 11. Restrictions in Title to Shares.

(1) The Company may restrict or prohibit the acquisition and ownership of Shares by certain persons, particularly Excluded Persons, particularly if the title to Shares could in the view of the Board of Directors be prejudicial to other Shareholders or the Company or could constitute a violation of Luxembourg or foreign laws or legal regulations or if the Company could be subject as a result to the laws (e.g. tax laws) of a state other than the Grand Duchy of Luxembourg.

(2) If the Board of Directors determines at any time that the title to the Shares is held directly or indirectly by an Excluded Person (either alone or in conjunction with another person), the Board of Directors may at its own discretion though without any obligation whatsoever:

(a) refuse to issue Shares or to enter a disposal of shares, if there are reasons to assume that the entry or disposal would cause Excluded Persons to acquire legal title to or a beneficial interest in the Shares; and

(b) require a person whose name is entered in the Share Register or a person who is endeavouring to have the disposal of Shares entered in the Share Register to provide the company with all information – and to attest to the truth of such information – which the company legitimately deems necessary in order to decide whether the beneficial interest in this Shareholder's shares is attributable to an Excluded Person or whether the relevant entry would result in the beneficial interest of Excluded Persons; and

(c) refuse to allow an Excluded Person to exercise voting rights at the general shareholders' meetings of the Company and the relevant Sub-Funds; and

(d) proceed with the compulsory redemption of the Shares giving notice of at least 25 (twenty-five) calendar days. In the event of redemption, the Excluded Person shall no longer be the owner of these Shares. The costs and expenses of compulsory redemption shall be borne by the Shareholder returning the Shares. The redemption price may be paid at a later time, but no later than at the liquidation of the relevant Sub-Fund.

(3) The exercise of the rights granted in this Article cannot be challenged or declared to be invalid on the grounds that the title of a person to Shares has been insufficiently documented or that the title to the Shares was actually held by another person than the person assumed by the Board of Directors, provided that the Board of Directors acted in good faith when exercising these rights.

(4) All Shareholders undertake not to sell or transfer their Shares to Excluded Persons.

Art. 12. Issue of Shares.

(1) The Shares shall be issued pursuant to the provisions of the Issue Document to institutional and Expert Investors who have signed during the Initial Issue Phase a Subscription Agreement which has been accepted by the Board of Directors within the framework of a Closing. Shares shall not be issued to Excluded Persons.

After the Issue Phase of a Sub-Fund, no further Closings shall take place, unless the Shareholders of the relevant Sub-Fund, during a general meeting of the relevant Sub-Fund, pass a resolution based on a corresponding proposal by the Board of Directors by simple majority of the votes present or represented allowing the Shareholders of the relevant Sub-Fund, which approve a capital increase to make additional capital commitments to their existing capital commitments, either pro rata or in accordance with freely negotiable percentages.

Moreover, at the proposal of the Board of Directors, the Shareholders of the relevant Sub-Fund may for the purposes of accepting further Investors approve capital increases and the terms and conditions associated with such capital increases by simple majority of the votes present or represented.

(2) The issue of fully paid-in Shares shall be made pursuant to the provisions of the Issue Document based on Payment Requests which the Company sends during the Investment Period (though subject to the exceptions mentioned in this regard in the Issue Document) to the relevant Investors, provided the relevant Investor meets this Payment Request and the correspondingly called-up amount has been paid.

(3) Subject to the following exceptions, the Shares shall be issued during the Initial Issue Phase at the Initial Issue Price. In order to ensure the equal treatment of the Investors of a Sub-Fund during the Initial Issue Phase without having to calculate the net asset value, the Company may at its reasonable discretion increase the Initial Issue Price at a subsequent Closing by an amount defined in detail in the Issue Document.

(4) After the Initial Issue Phase, Shares shall be issued at the most recently available Net Asset Value Per Share, which shall be computed pursuant to the provisions of Article 16.

(5) The price at which the Shares are subscribed may be increased pursuant to the provisions of the Issue Document by an issue fee at the expense of the subscribing Investors.

(6) During the period in which the calculation of the Net Asset Value was suspended pursuant to the provisions in Article 17, the Company shall not issue any Shares.

(7) The Company may from time-to-time permit the issue of Shares in return for non-cash contributions if the assets to be contributed conform to the investment guidelines applicable to the relevant Sub-Fund. Each non-cash contribution shall be valued in a valuation opinion by the Independent Auditor in conformance with the provisions of Luxembourg law. The costs of such a report and the related valuation shall be borne by the relevant Investor. Details regarding the non-cash contributions shall be stipulated by the Issue Document.

Art. 13. Delinquent Investors.

(1) If contrary to their capital commitment an Investor does not pay, to despite having received a written Payment Request by registered letter at the address recorded in the Subscription Agreement (or in the Share Register), the Board of Directors may, after a period of 10 Banking Days commencing at the end of the payment period specified in the Payment Request, declare the relevant Investor to be a Delinquent Investor with the consequence:

(a) that the payment of an indemnity to the Company amounting to 10 % of their total Capital Commitment may be demanded from the Delinquent Investor; and

(b) that distributions to the Delinquent Investor shall be off set or retained until all amounts owed have been fully paid.

(2) In addition, the Board of Directors may take the following measures at its own discretion but in consultation with the Investors of the relevant Sub-Fund who have joined to date:

(a) compulsory redemption of the Shares of the Delinquent Investors by the Company in exchange for a payment to the affected Shareholder equivalent to 70% of the most recently available Net Asset Value of the relevant Shares, whereby the redemption price may be paid out until the cessation date of the relevant Sub-Fund;

(b) granting of the right to the Non-Delinquent Investors to purchase the Shares of the Delinquent Investor on a prorated basis at a price of 70% of the Net Asset Value of the relevant Shares and to assume the Outstanding Capital Commitment of the Delinquent Investor after the Company has repurchased the Shares, whereby the purchase price must be paid within 20 (twenty) Banking Days to the relevant sub-Fund.

(c) termination or reduction of the Capital Commitment of the Delinquent Investor;

(d) suspension of voting rights; and/or

(d) recourse to all other possibilities provided by the legal system.

(3) Without prejudice to other statutory consequences or those mentioned above, the Delinquent Investor shall owe interest on arrears for the period of the default at a rate of 8% p.a. over one-month EURIBOR.

(4) The aforementioned claims shall not exclude other statutory claims, if the Board of Directors deems this appropriate in consideration of the relevant situation. Furthermore, the Board of Directors may at its free discretion and with due regard to the interests of the Non-Delinquent Investors decide not to pursue these claims.

(5) The Shareholders may be sent a further Payment Request in order to equalise the loss incurred due to the Delinquent Investor (whereby this may not exceed the Outstanding Capital Commitment of the respective Shareholders). New Investors may be admitted by resolution of the resolutions of Shareholders with a majority of 75% of the present or represented votes, which will have to make payments in lieu of the Delinquent Investor.

Art. 14. Redemption of Shares.

(1) Unless stipulated otherwise in this Issue Document, Shareholders are not entitled to require the redemption of their Shares.

(2) Notwithstanding the above, the Board of Directors may at its own discretion offer the Shareholders to repurchase Shares, particularly in order to allow surplus liquidity to be returned to Shareholders in lieu of dividends. Any such offer must be addressed to all Shareholders of a Sub-Fund. A repurchase will only come about if Shareholders holding at least 90% of the votes of the relevant Sub-Fund approve a corresponding offer from the Board of Directors. In this case, the other Shareholders will be deemed to have accepted the repurchase offer as well.

Any such repurchase shall have a proportional effect on the relevant shareholding. The Board of Directors shall inform the registered Shareholders of the affected Sub-Fund of the repurchase offer in due time. This notice shall contain the repurchase period, the calculation method used for the repurchase price, which shall be determined on the last day of the repurchase period based on the Net Asset Value of the Shares on that day (most recently available NAV).

(3) Moreover, the Board of Directors may unilaterally resolve to repurchase Shares held by Shareholders who do not approve the extension of the term of a Sub-Fund. These Shares will then be repurchased at a repurchase price based on the Net Asset Value of the Shares on the last day of the repurchase period as computed in accordance with the calculation method determined by the Board of Directors.

Art. 15. Disposal of Shares.

(1) All disposals of Shares require the approval of the Board of Directors. Disposals of Shares do not require the approval of the other Shareholders, however. A "disposal" means in particular the sale, transfer and assignment of Shares. Any (subsidiary) liability for Outstanding Capital Payments or other amounts ("Outstanding Liabilities") on the part of the Investors after a disposal of Shares is excluded. Sellers and buyers do not have joint and several liability. Any obligations are transferred to the buyer with exonerating effect for the seller.

(2) A disposal is only possible if the buyer of the Shares is an Expert Investor. The Board of Directors will normally grant its approval of disposals to the following Expert Investors: insurance companies, pension plans, social security authorities, pension funds, pension schemes, investment companies, foundations and lending institutions. For disposals to another Expert Investor, the Board of Directors will take the credit rating or the existence of sufficient suitable collateral into account when deciding whether to give its approval.

(3) Shares that are part of the reserve assets or other guarantee assets of a German Insurance Company may be freely transferred to other Expert Investors, subject to the following. Any transfer to Excluded Persons is prohibited, as is any transfer which, in the view of the Board of Directors, would cause the Shares to be registered in a custodial or clearing system where the possibility exists that the Shares could be further transferred and that such transfer would not conform with the Issue Document and these Articles of Association.

If and so long as Shares form part of guarantee assets of a German Insurance Company which is obliged by law pursuant to Section 70 of the German Insurance Supervision Act or any other regulation to appoint a trustee or which voluntarily

consents to such an obligation, such shares may only be disposed of with the prior written approval of the trustee or its representative. A restriction on these Shares will be noted in the Share Register.

(4) A Shareholder (hereinafter, the "Selling Shareholder") which plans to sell some or all of the Shares held by it (hereinafter, "Offered Shares") to another Shareholder or a third party (hereinafter, a "Third Party") must notify the Board of Directors of this fact and provide details of the Offered Shares (particularly the purchase price per Share and the number of Offered Shares), whereby the terms and conditions of the offer must be definitive and binding upon acceptance. Within 15 (fifteen) Banking Days of receiving this notice the Board of Directors shall offer the Offered Shares to the other Shareholders of the relevant Sub-Fund in proportion to the number of Shares held by each Shareholder. The Offered Shares shall be offered at a price per Share and on the same terms and conditions as those offered to the Third Party (hereinafter, "Agreed Terms and Conditions"). The offer may be accepted within a period of 20 (twenty) Banking Days (hereinafter, the "Acceptance Period").

(a) Upon acceptance of an offer, each Shareholder will notify the Board of Directors of the number of Offered Shares for which it has accepted the offer and whether it is prepared to acquire further Offered Shares if not all other Shareholders do accept the offer and, if so, how many.

(b) If not all Shareholders fully accept the offer, the surplus Offered Shares shall be sold to the Shareholders of the relevant Sub-Fund who have stated their willingness pursuant to paragraph (4) (a) above to purchase further Offered Shares in proportion to the Shares held by them. If only one Shareholder accepts the offer, all Offered Shares may be sold to this Shareholder.

(c) The Board of Directors shall notify the Selling Shareholder no later than within 15 (fifteen) Banking Days of the end of the Acceptance Period of the number of Offered Shares which the other Shareholders have agreed to purchase. The Selling Shareholder will accordingly sell such number of Offered Shares to the other Shareholders and may sell the residual Offered Shares to the Third Party, provided that such sale takes place within 20 (twenty) Banking Days after the Acceptance Period for the other Shareholders and pursuant to the Agreed Terms and Conditions.

(d) As long as a Shareholder still has Outstanding Liabilities under the Subscription Agreement, the disposal of the Shares held by the relevant Shareholder cannot become valid until the buyer of the Shares has agreed in writing, in a form to be determined by the Board of Directors, to assume all other Outstanding Liabilities of the seller or assignor by signing inter alia an accession deed and agreeing to comply with the terms and conditions of the Subscription Agreement.

(5) The Board of Directors and any natural or legal person appointed by it shall not enter a disposal of Shares in the Share Register if the transfer provisions of these Articles of Association and the Issue Document have not been observed.

(6) For the granting, assignment, pledge or bestowal of securities of or with Shares, the above provisions apply accordingly, except for paragraph 4.

Art. 16. Calculation of the Net Asset Value per Share.

(1) The Net Asset Value per Share shall be calculated separately for each Sub-Fund and any share class if relevant in the reference currency of the relevant Sub-Fund and/or share class by the Company (or its appointed representative) on each Valuation Date. The reference currency of the individual Sub-Fund(s) or share class(es) is to be specified in the Issue Document.

(2) To calculate the Net Asset Value of the Shares of a Sub-Fund or share class, the value of the assets belonging to each Sub-Fund or share class less the relevant liabilities is computed on the Valuation Date and divided by the number of Shares of the Sub-Fund or share class in circulation on the Valuation Date.

If facts become known that make it evident that the preceding calculation of the Net Asset Value of the Shares of a Sub-Fund or share class was incorrect, the Board of Directors is entitled to cancel the preceding valuation and to carry out a second valuation in good faith.

(3) The assets of the Company may consist of:

- (a) shares, stocks and other equities;
- (b) bonds;
- (c) cash on hand and other liquid assets, including accrued interest;
- (d) money market papers;
- (e) shares in UCITS and comparable UCIs;
- (f) other securities;
- (g) claims payable upon presentation and all other money claims, including outstanding issue price receivables based on the sale/disposal of Shares or other assets;
- (h) distributions to which the Sub-Fund has a claim, to the extent known; or
- (i) all other assets of any type, including costs paid in advance.

(4) The Company's assets shall be valued in accordance with the principles accepted in Luxembourg. In relation to the valuation of assets held by each Sub-Fund, in the absence of any other stipulations and subject to any supplementary provisions in the Issue Document, the procedure shall be as follows:

The Company shall value its assets in accordance with the "fair value" principle. Thereby:

- a) equity interests in as yet unfinished projects will be valued at amortised acquisition costs.
- b) non-exchange-listed equity investments will be valued in accordance with the applicable valuation guidelines (International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines) of, for example, the European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA).
- c) securities and money market instruments officially listed on a stock exchange or traded on a regulated market or other organized markets will be valued at the most recently available price; or, if this is not in line with the market, at the probable realization value to be prudently determined in good faith;
- d) securities and money market instruments not officially listed on a stock exchange will likewise be valued at the most recently available price, provided the Company deems such price on the valuation date to be the best possible price at which the securities can be sold, and otherwise at the probable realization value to be prudently determined in good faith.
- (e) other securities, particularly debentures for which a valuation pursuant to the above Paragraphs is not possible or practicable, will be held at acquisition cost, unless it is likely that this amount will be recovered; in such case, a discount will be made of the amount that is reasonable in the opinion of the Board of Directors in view of the real value of the affected assets.
- f) liquid assets are to be valued at their nominal value plus interest.
- g) time deposits are to be valued at their nominal value plus interest.
- h) the liquidation value of futures contracts or options not traded on stock exchanges or other organized markets shall be valued at their net liquidation value, as applied consistently pursuant to the guidelines of the Administrative Agent to all types of contracts; the liquidation value of futures contracts or options traded on stock exchanges or other organized markets shall be valued based on the most recently available settlement prices for such contracts on the stock exchanges or organized markets on which such futures contracts or options are traded by the Fund; if a futures contract or option cannot be liquidated on a day on which the NAV is calculated, the basis of valuation for such contract shall be determined by the Administrative Agent in a fair and reasonable way.
- i) money market instruments not listed on a stock exchange or traded on any other regulated market whose residual term upon acquisition is less than 90 (ninety) days will in principle be valued at amortized cost, which is roughly equivalent to the market value.
- j) interest rate swaps will be valued at market value determined with reference to the applicable interest rate development.
- k) all other securities or other assets will be valued at fair value as determined in good faith in accordance with procedures to be established by the Fund.
- l) the value of cash on hand or in bank, deposit certificates and outstanding receivables, prepaid expenses, cash dividends and declared or accrued and as yet unreceived interest will correspond to the respective full amount, unless such amount cannot be paid or received in full, in which case the value shall be computed using an adequate discount in order to obtain the actual value.

At the end of each financial year, the market value of each of the Company's asset must be redetermined and adjusted with due regard to the above stipulations:

Assets of the Company or a Sub-Fund denominated in a currency other than the base currency or the reference currency of the respective Sub-Fund will be converted based on the reference rate established by the European Central Bank (ECB) on the relevant valuation date. At its own discretion, the Board of Directors may, in good faith, permit the use of other valuation methods if it assumes that the valuation will better express the market value of the relevant assets of the Company.

All valuation rules and valuations must be interpreted and carried out in conformance with the accounting principles generally permitted in Luxembourg.

(m) The Board of Directors may at its own discretion permit the use of another valuation method if it is of the opinion that such method will better reflect the market value of asset of a Sub-Fund or share class. Such method shall be applied consistently.

(n) Special valuation rules for the assets of individual Sub-Funds may be stipulated if necessary in the Issue Document.

(5) The liabilities of the Sub-Funds shall encompass:

(a) loan liabilities (including convertible debt instruments, bills of exchange and payable invoices) and other liabilities for borrowings plus any interest (including accrued fees for the credit provision);

(b) all accrued or payable expenses (including management fees, investment advisory fees, performance fees, other management costs, consulting fees, fees of the Custodian, the Register- and Transfer Agent or the Administrative Agent);

(c) all known current and future liabilities, including all due contractual obligations for payments of monies or assets, including the distributions disclosed but not yet paid by the relevant Sub-Fund;

(d) reasonable provisions for future taxes based on the assets and income of the Sub-Funds until the Valuation Date (e.g. deferred taxes), and any other reserves approved and adopted by the Board of Directors and any amount which the Board of Directors views as a reasonable reserve for contingent liabilities of the Sub-Funds; and

(e) all other liabilities of a Sub-Fund disclosed in accordance with Luxembourg law.

When determining the amount of these liabilities, all expenses payable by a Sub-Fund must be taken into account. A sample list of expenses of a Sub-Fund is contained in Article 24.

The Sub-Fund may recognise in advance regularly recurring administrative, consulting and other costs based on estimated figures for annual and other periods.

(6) The following shall apply to the calculation of the Net Asset Value in accordance with this Article:

(a) Shares which are to be taken back or redeemed pursuant to these Articles of Association shall be recorded on the books as Shares in circulation until the repurchase and/or the redemption date determined by the Board of Directors. From such point in time until the payment of the redemption price, this shall be considered as a liability of the relevant Sub-Fund.

(b) The Shares to be issued by the respective Sub-Fund shall be treated from the issue date as in circulation.

(c) If on a Valuation Date a Sub-Fund has undertaken:

(i) to purchase assets, the amount payable for such asset shall be disclosed as a liability of the Sub-Fund. The value of the asset to be purchased shall be disclosed as an asset of the relevant Sub-Fund;

(ii) to sell assets, the amount which the relevant Sub-Fund receives for this asset shall be disclosed as an asset of the Sub-Fund. The asset to be delivered shall not be disclosed as an asset of the Sub-Fund. Should the exact value of the consideration not be known on the Valuation Date, it shall be estimated by the Board of Directors.

(iii) With regard to purchases and sales of assets on a regulated market, the principles in this item (c) shall apply as of the Banking Day following the close of the relevant purchase or sale. If the transaction is carried out by a broker, the day on which the broker executes the order for the purchase or sale shall be decisive.

Art. 17. Temporary Suspension of the Calculation of the Net Asset Value per Share and the Issue and, if Applicable, Redemption and Exchange of Shares.

(1) The Company is entitled to suspend the calculation of the Net Asset Value per Share and the issue of Shares of a Sub-Fund and temporarily, if applicable, the exchange and redemption of these Shares if and so long as circumstances require and provided the suspension is justified with due regard to the interests of the Shareholders, particularly if:

(a) during a period in which based on political, economic or social events or on circumstances for which the Board of Directors is not responsible or based on certain circumstances obtaining on the market for the relevant Sub-Fund, the sale of the assets owned by the relevant Sub-Fund cannot be carried out without a substantial adverse impact on the interests of the Shareholders of the respective Sub-Fund, or if in the opinion of the Board of Directors the issue, sale and/or redemption or exchange prices cannot be calculated accurately; or

(b) during a breakdown of the means of communications normally used for the pricing of an asset of a Sub-Fund, the value of an asset of the Sub-Fund which is of substantial importance in determining the Net Asset Value of the respective Sub-Fund (whereby the Board of Directors shall determine the importance at its sole discretion) cannot be determined so quickly or with the required precision; or

(c) the value of a company in which the Sub-Fund holds a direct or indirect share cannot be determined promptly or precisely; or

(d) during a period in which cash transfers related to the realization or acquisition of investments cannot be carried out at standard market exchange rates in the opinion of the Board of Directors; or

(e) during any period in which the markets or stock exchanges on which a significant portion of the Sub-Fund's assets are listed are closed (except on normal holidays) or during a period in which trading on such markets or stock exchanges has been suspended or restricted, provided that such restrictions or suspensions impair the valuation of the assets attributable to such Sub-Fund; or

(f) as of the date of the publication of an invitation to an extraordinary general shareholders' meeting of the Company or the relevant Sub-Fund or for purposes of informing the Shareholders about a resolution of the Board of Directors to dissolve the relevant share class/Sub-Fund or the Company or for the purpose of merging the Company or a Sub-Fund, this is deemed necessary by the Board of Directors and is in the interests of the affected Shareholders; or

(g) the prices for the investments cannot be determined immediately or precisely for other reasons; or

(2) The Company shall inform the Shareholders about a suspension of the calculation of the Net Asset Value of the Shares of a Sub-Fund. In the event of a suspension, the calculation will be performed as soon as circumstances so permit.

(3) The temporary suspension of the calculation of the Net Asset Value of the Shares of a Sub-Fund shall not lead to the temporary suspension of the calculation of the Net Asset Value of another Sub-Fund not affected by the relevant events.

Chapter III. Management and Supervision

Art. 18. Members of the Board of Directors.

(1) The Company shall be managed by a Board of Directors, which shall be composed of at least three (3) members. The members of the Board of Directors need not be Shareholders. The term of office of the members of the Board of Directors shall be a maximum of five (5) years; members may be reelected. The number of members, their compensation

and the length of their mandate shall be determined by the Company's Shareholders in general meeting by simple majority of the votes present or represented.

(2) By resolution of a majority of 80% of the Shares present or represented at a general meeting of the Company's Shareholders at which at least 7% of the Shares are present or represented, the members of the Board of Directors may be dismissed or replaced at any time.

(3) Should the position of a member of the Board of Directors become vacant due to death, resignation from office or for other reasons, such position may be filled temporarily by the other members until the next ordinary general shareholders' meeting of the Company. The new member shall then be elected at the Company's next general shareholders' meeting. Should the Board of Directors have less than three members at any given time due to the withdrawal of individual members, a general meeting of the Company's Shareholders is to be convened without delay.

Art. 19. Board of Directors Meetings.

(1) The Board of Directors shall elect one of its members by simple majority of votes as a chairperson and, if relevant, a vice chairperson. The chairperson may appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors. The secretary shall draft and file the minutes of the Board of Directors meetings, general meetings of the Shareholders of the Company and Sub-Funds. Meetings of the Board of Directors shall be convoked by the chairperson or by two (2) of its members. The Board of Directors shall meet at the place specified in the invitation.

(2) In the absence of the chairperson, the chairperson's rights and duties shall be exercised by the vice chairperson. If the vice chairperson is also absent, the members shall decide by majority of votes on the member who is to chair of the meeting.

(3) Each member of the Board of Directors may take part in every meeting of the Board of Directors by naming another member of the Board of Directors in writing (by letter, fax or other means of communication approved by the Board of Directors) as its proxy. One member Board of Directors may represent several members.

(4) Moreover, each Board of Directors member may participate at a meeting by way of video conference or through other means of long-distance communication enabling the members to be identified. Such means must satisfy technical features that guarantee actual continuous participation in the meeting, the deliberations and decisions. Such participation shall be equivalent to personal attendance at the meeting.

(5) A quorum of the Board of Directors shall only be constituted if at least one-half of the Board of Directors members are present or represented at the meeting.

(6) All members of the Board of Directors are to receive a written notice at the latest three (3) Banking Days before the date scheduled for a meeting; this shall not apply in urgent cases, though the type and circumstances revealing the special urgency must then be specified in the notice. The invitation may be waived if each member of the Board of Directors so agrees by telegram, fax, telex or another electronic means. If a Board of Directors resolution has been adopted concerning the time and place of Board of Directors meetings, a separate notice is superfluous.

(7) Resolutions of the Board of Directors shall be valid if adopted within the framework of duly convoked Board of Directors meetings. Written resolutions signed and approved by all Board of Directors members (circulatory resolutions) shall have the same legal validity as resolutions adopted by votes cast within the framework of a Board of Directors meeting. Each Board of Directors member approves such a resolution by fax or equivalent means of communication. No separate minutes need be taken in the case of resolutions adopted in writing, because the written resolution is attributed the same evidentiary force as minutes.

(8) Resolutions shall be adopted by simple majority of the votes of the present and represented Board of Directors members. In the event of a tie, the vote of the chairperson shall be decisive.

(9) Resolutions of the Board of Directors shall be recorded in minutes, which shall be signed by the chairperson. Copies or extracts from these minutes to be presented in legal disputes or to another agency shall require the signature of the chairperson, vice chairperson or two (2) members of the Board of Directors.

Art. 20. Powers of the Board of Directors.

(1) The Board of Directors shall be authorized to undertake all acts of administration and disposal within the framework of the corporate purpose and the investment policy and investment limits pursuant to Article 5 in the name of the Company.

(2) All powers not reserved by statutory provisions or these Articles of Association to the Shareholders of the Company or a Sub-Fund in general meeting shall fall within the scope of responsibilities of the Board of Directors.

(3) The Board of Directors shall be authorized in particular to take out loans and to encumber present or future assets or parts thereof with mortgages or security rights or liens or to grant other securities.

Art. 21. Signatory Authority. The Company shall be bindingly obligated in relation to third parties by the joint signature of two (2) members of the Board of Directors or by the joint or sole signature of persons, who may also be Board of Directors members, who have been authorised by the Board of Directors.

Art. 22. Delegation of Powers.

(1) The Board of Directors may delegate duties and powers (including the signatory authority for the Company within the framework of the current management) to individual members of the Board of Directors, one or more managing directors, senior officers or agents. Agents may be natural or legal persons. The Board of Directors may revoke the delegation of powers at any time.

(2) If the ongoing management of the Company is transferred, the Board of Directors is obliged to report to the Company's Shareholders in general meeting annually on the fees, compensation and other advantages granted to such managing director or directors.

(3) The Board of Directors may moreover delegate certain powers to agents who are not members of the Board of Directors.

(4) Moreover, the Board of Directors may form one or more committees composed of its members and/or outside persons, to which the Board of Directors may delegate powers as necessary. Moreover, the Board of Directors may seek advice from an investment advisory board, the composition and powers of which shall be determined by the Board of Directors.

Art. 23. Compensation of members of the Board of Directors.

(1) The Company's Shareholders in general meeting may pay a fixed compensation annually to the Board of Directors members for the services rendered. Such compensation shall be booked as general expenses of the Company and divided by the Board of Directors among its members at its own discretion.

(2) Moreover, the members of the Board of Directors may be compensated for the expenses incurred by them for the benefit of the Company, provided such expenses are reasonable.

(3) The compensation of the chairperson and the secretary of the Board of Directors and that of the managing directors, senior officers and agents of the Company shall be determined by the Board of Directors.

Art. 24. Costs and Fees.

(1) The Company shall bear all formation costs, particularly costs for legal and tax advice and costs related to the structuring, formation and launching of the Company and the offer of Shares. These costs may be divided pursuant to the provisions of the Issue Document among the individually launched Sub-Funds. The formation costs may be distributed and written off over a period of five (5) years.

(2) In addition, the Company and/or the respective Sub-Fund(s) may be charged advisory and/or performance fees and similar costs and fees in accordance with the provisions of the Issue Document.

(3) Further, the Company and the respective Sub-Funds may be charged the following (ongoing) costs:

(a) standard fees in Luxembourg for the Custodian, Registration and Transfer Agent and the Administrative Agent. Further, these service providers may charge outlays and standard banking charges to the relevant Sub-Fund assets (both in the course of the purchase and the sale and in connection with the custody of assets, including the charges of any correspondence banks and all third-party settlement, shipping and insurance charges) and may collect any transaction related fees.

(b) costs for the activity of the Board of Directors and for the compensation of employees of the Company and/or managing directors which are to be charged to the relevant Sub-Fund on a prorated basis and costs of the investment advisory board of a Sub-Fund (if applicable) which are to be charged to the Sub-Fund.

(c) all reasonable costs and outlays related to purchasing, holding, administering and selling assets, particularly costs and outlays related to the identification and due diligence review of potential investments, irrespective of whether any such transaction is approved or successfully completed, and costs related to hedging transactions.

(d) costs arising in connection with the valuation of Sub-Fund and other assets, particularly the costs and outlays of an expert.

(e) the costs of issuing and redeeming Shares.

(f) taxes and public charges levied on the Sub-Fund assets, income and outlays at the expense of the Sub-Fund.

(g) costs of legal and tax advice and accounting costs as well as for the preparation of tax declarations and annual financial statements that are incurred by the Company, the relevant Sub-Fund, the subsidiaries and co-investments, as well as reasonable costs for experts, assessors, other advisors and specialists.

(h) costs related to the formation and management of subsidiaries and co-investments, whereby the costs for the formation of Project Companies are to be allocated to the relevant Project Companies.

(i) insurance costs.

(j) costs of the Independent Auditor.

(k) costs of drafting, preparing, filing, publishing, printing, distributing and shipping all documents in all necessary languages, particularly the Issue Document, these Articles of Association, the annual or other report, asset statements, notices to the Shareholders, convocations of meetings, if feasible applications for admission in countries where the Shares are to be placed, the correspondence with the relevant supervisory authorities and other publications and compulsory information intended for the Shareholders.

(l) all regular administrative costs of the Company and subsidiaries, particularly the costs of convening and conducting general shareholders' meetings of the Company and the Sub-Funds, meetings of other boards of the Company and any compensation for members of such boards of the Company, including travel costs, reasonable expenses and any attendance fees

(m) outlays for cash management, advertising and insurance, interest, banking fees, currency exchange costs and postage, telephone, fax and telex charges and office rental costs.

(n) the administrative fees payable to all relevant authorities, particularly the administrative fees of CSSF and other supervisory authorities and the fees for filing Company documents.

(o) costs related to any admission to a stock exchange.

(p) costs incurred in direct relation to offering and selling Shares, including any license fees.

(q) further costs of administration, including the costs of special-interest associations and commissions and fees to third parties delegated the tasks of daily management.

(r) financing costs to be borne by the Company or its Sub-Funds, subsidiaries or co-investments (including interest, provision fees, consulting costs of the financing bank, costs for the creation of credit securities).

(s) costs for the launching of Sub-Funds or share classes allocated to a Sub-Fund.

(4) Charges and costs do not include the applicable value-added tax.

(5) The aforementioned costs and fees may also be charged to the Company for its (direct or indirect) subsidiaries or co-investments.

Art. 25. Conflicts of Interest.

(1) No contract or settlement concluded by the Company with another company shall be prejudiced by or become invalid solely due to the fact that one or more members of the Board of Directors, managing directors or agents of the Company have any interests in such other company.

(2) A member of the Board of Directors, managing director or agent of the Company who is a board of directors member, managing director or agent of another company with which the Company concludes a contract or enters into business relations in any other way shall not thereby lose the right to advise, coordinate or act in affairs related to such contract or such transactions.

(3) If a member of the Board of Directors has a conflicting personal interest in relation to a business transaction of the Company, such Board of Directors member shall notify the Board of Directors of this conflicting personal interest and not participate in deliberations or consultations in connection with this transaction, and such transaction shall be reported with the personal interest of the member of the Board of Directors to the Company's Shareholders in the next general meeting.

The above arrangement shall not apply to resolutions of the Board of Directors related to transactions within the course of ordinary business which were concluded at normal market terms and conditions.

Art. 26. Indemnification and Compensation. The Company will use the assets of the Company or the relevant Sub-Fund to indemnify the members of the Board of Directors, managing directors, executives and employees of the Company, any advisors and each representative of an investment advisory board against any liability and all claims, damages and liabilities to which they become subject under circumstances based on their capacity as members of the Board of Directors, managing directors, executives or employees of the Company, of any advisor or as a representative of any investment advisory board based on any act undertaken or omitted by them in connection with the Company, unless this was caused by their gross negligence, fraud or intentional misconduct, and to indemnify them against any such liability or claims, damages and liabilities vis-à-vis third parties. In the case of a settlement, an indemnification will only be made in connection with the matters covered by the settlement and if a legal advisor confirms to the Company that the person to be indemnified did not commit any breach of duty.

Art. 27. Independent Auditor.

(1) The data contained in the annual report shall be audited by one or more independent auditors who shall be appointed by the Company's Shareholders in general meeting and compensated by the Company.

(2) The independent auditors shall fulfill all duties prescribed by the Act of 2007.

Chapter IV. General Shareholders' Meetings of the Company and of Sub-Funds - Financial Year - Distributions

Art. 28. Representation. The Company's Shareholders in duly convoked general meeting shall represent the totality of Shareholders. Their resolutions shall be binding for all Shareholders. The Shareholders in general meeting are reserved the legal powers to order, carry out and approve all acts related to the Company's activity, provides such powers are not reserved to the Board of Directors by these Articles of Association or by operation of law.

Art. 29. General Shareholders' Meetings of the Company and a Sub-Fund.

(1) General meetings of the Company's Shareholders shall be convoked by the Board of Directors. They may also be convoked at the motion of Shareholders representing at least one-tenth of the corporate capital.

(2) The ordinary general meeting of the Company shall take place in accordance with the provisions of Luxembourg law each year on the first Wednesday in June at 11:00 a.m. (CET) at the Company's registered office or at another place in the municipality of the Company's registered office. Should this day not be a Banking Day, the ordinary general meeting of the Company is to be held at the same time on the next Banking Day.

(3) Extraordinary general meetings of the Company may be held at the places and times specified in the convocation notices.

(4) Shareholders may personally attend the general meetings of the Company or may send an authorized representative. Unless specified otherwise based on this Article 29 or in accordance with compulsory provisions of Luxembourg law, resolutions may only be adopted by the Company's Shareholders in general meeting.

(5) The Board of Directors shall invite the Shareholders at least 8 (eight) calendar days before the Company's general shareholders' meeting and enclose the agenda. The invitation shall be sent by letter to the addresses entered in the Share Register of the Shareholders entered in the Share Register or to another address specified by the Shareholders. The Board of Directors shall draft the agenda. General shareholders' meetings may also be held at the motion of Shareholders representing at least one-tenth of the corporate capital. If the general meeting is not held within one month after the motion is filed, the Shareholders representing at least one-tenth of the corporate assets may demand the appointment of an agent by the chairperson of the Luxembourg Chamber of Commerce, who shall then arrange for the general meeting to be convened. General meetings shall be convoked in the form prescribed by law.

(6) Shareholders representing at least one-tenth of the corporate capital shall further have the right to have other items of business placed on the agenda by sending a registered letter up to five days before the date of the convoked general meeting.

(7) If all Shares have been issued as registered shares and no publications are made, the invitation may be made exclusively by registered letter. As prescribed by law, the invitation to the Company's general meeting shall be published in the Mémorial, in one or more Luxembourg daily newspapers and in other daily newspapers selected by the Board of Directors.

(8) General shareholders' meeting of the Company may take place without a formal convocation if all Shareholders are present or duly represented, are duly gathered and declare themselves to be informed about the agenda.

(9) At the Company's general meetings, only the items of business contained on the agenda (which must include all legally prescribed affairs) and the related affairs may be dealt with.

(10) The Board of Directors may determine terms and conditions which the Shareholders must meet in order to be admitted to the Company's general meetings. Further, all applicable rules of the Act of 1915 shall apply.

(11) Shareholders which hold Shares in a Sub-Fund can hold general meetings of the relevant Sub-Fund at any time to deal with affairs exclusively relating to such Sub-Fund. Paragraphs 1 and 3-10 shall apply accordingly to general meetings of the Sub-Funds.

Art. 30. Required Majorities.

(1) Each Share of a Sub-Fund shall grant its holder one vote, in conformance with the provisions of Luxembourg law and these Articles of Association. A Shareholder may act at each general meeting of the Company and a Sub-Fund by delegating a written proxy to another person who need not be a Shareholder, but can be a member of the Board of Directors.

(2) Notwithstanding any other provisions pursuant to the Act of 1915 and these Articles of Association or the provisions laid down in the Issue Document for the individual Sub-Fund, resolutions of the Shareholders of the Company or a particular Sub-Fund shall be adopted in general meeting by a simple majority of the votes present or represented.

Art. 31. Financial Year.

(1) Subject to the transitional provisions, the financial year shall begin on 1 January of each calendar year and end on 31 December of the same calendar year.

(2) The financial statements are to be presented in euros or in the other currencies determined by the Board of Directors and the annual report is to be prepared based on the accounting principles generally accepted in Luxembourg.

Art. 32. Use of Earnings.

(1) The use of earnings is stipulated in each Sub-Fund-specific annex to the Issue Document.

(2) The Board of Directors may adopt resolutions on interim distributions as permitted by Luxembourg law.

(3) Distributions to the Shareholders will be paid onto the specified bank account. The distributions shall be distributed on the date determined by the Board of Directors in euros. Any dividends not claimed within five (5) years after their resolution shall be forfeited in favor of the respective Sub-Fund.

(4) No interest shall be accrued on distributions approved by the Company and kept by it in custody for use by the beneficiaries.

Chapter V. Final Provisions

Art. 33. Custodian.

(1) Pursuant to the Act of 2007, the Company shall conclude a custodial agreement with a custodian in the scope prescribed by law.

(2) The Custodian must meet its duties and responsibilities pursuant to the Act of 2007.

(3) If the Custodian asks to be released from its duties, the Board of Directors shall use its best efforts to find another bank as successor within 90 (ninety) days after the withdrawal takes effect. The Board of Directors members may end the appointment of the Custodian, but may only dismiss the Custodian after another bank has been appointed as successor to continue to fulfill the duties as Custodian.

Art. 34. Dissolution of the Company.

(1) The Company may be dissolved at any time by resolution of the Shareholders in general meeting. Such a resolution shall require a quorum pursuant to the Act of 1915 and a majority of 75% of the votes present or represented. Furthermore, the dissolution of the Company is compulsory in the other cases provided for in these Articles of Association.

(2) Should the Net Asset Value fall under two-thirds of the minimum capital prescribed by law of one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1,250,000.00), the Board of Directors must present the Company's Shareholders in general meeting a decision on the Company's dissolution. The Company's Shareholders in general meeting, who in this case need not constitute a quorum, shall decide by simple majority of the votes cast. If the corporate assets fall below one-fourth of the minimum corporate assets required by law, the Board of Directors will present the question of the Company's early dissolution to the Shareholders in general meeting, who must decide on the dissolution without any quorum requirement by majority of one-fourth of the votes cast. The general shareholders' meeting must be convened so that it can be held within 40 (forty) calendar days after the date on which it is determined that the net corporate assets have fallen below two-thirds or onequarter of the minimum required by law.

(3) The issue of new Shares by the Company will be suspended on the publication date of the convocation to the Company's general shareholders' meeting at which the dissolution is to be proposed.

Art. 35. Dissolution and Merger of Sub-Funds.

(1) The Shareholders in general meeting of each Sub-Fund may resolve by a majority of 75% of the votes present or represented without a quorum to dissolve the relevant Sub-Fund by cancelling the affected Shares and refunding the Net Asset Value of the Shares of this or these Sub-Fund(s) to the affected Shareholders.

(2) Sub-Funds with a limited life are in principle to be dissolved and liquidated as of the end of the fund life. When determining the effective liquidation date, however, the expected time required to sell the assets of the Sub-Fund must be taken into account so that the interests of the Shareholders are safeguarded as best as possible. No non-cash distributions will be made to Shareholders of the relevant Sub-Fund. The Shareholders of each Sub-Fund may resolve by a majority of 75% of the votes present or represented to extend the term of a Sub-Fund and adopt conditions associated with this.

(3) The dissolution date may be brought forward or postponed by resolution of the Shareholders of the respective Sub-Fund in general meeting with a majority of 75% of the votes present or represented.

(4) If the Net Asset Value of a Sub-Fund decreases for whatever reason to a degree determined from time-to-time by the Board of Directors so that cost-effective administration of the affected Sub-Fund(s) is no longer possible, or if a change in the economic or political situation could have substantively unfavorable consequences on the investments of a Sub-Fund, the Board of Directors may resolve at any time to dissolve the Sub-Fund and to redeem all Shares of the relevant Sub-Fund in a compulsory fashion at the relevant Net Asset Value per Share.

(5) The decision to dissolve the Sub-Fund shall be notified to the affected Shareholders, specifying the grounds and procedure for the compulsory redemption. The Shareholders entered in the Share Register shall be notified by registered letter. In this regard, the actual sale prices and expenses related to the assets shall be taken into account and calculated as of the Valuation Date on which the corresponding resolution becomes effective. As of the date of the dissolution of the Sub-Fund, a repayment of the Shares shall no longer be permissible.

(6) Assets which cannot be distributed to Investors after the execution of the dissolution of the respective Sub-Fund shall be deposited with the Custodian for 9 (nine) months from the effective date. After this period, the assets shall be deposited pursuant to the requirements of the Act of 2007 with Caisse de Consignation on behalf of the Investors.

(7) All repaid Shares shall be cancelled on the books of the Company.

(8) Under the conditions described in paragraph four, the Board of Directors may resolve to allocate the assets of the Sub-Fund to be liquidated to another Sub-Fund of the Company or to any other specialized investment fund within the meaning of the Act of 2007 ("New UCI"). The decision must be notified one (1) month before the day on which the merger is to take effect. Such notice must contain information relating to the New UCI; during this one-month period, the Shareholders shall be offered the free redemption of their Shares.

(9) If the following conditions are met, the Board of Directors may decide with due regard to the principle of equal treatment of Shareholders to merge a Sub-Fund with another Sub-Fund:

(i) if the Net Asset Value of the relevant Sub-Fund falls below the amount considered appropriate by the Board of Directors for the cost-effective management of this Sub-Fund; and/or

(ii) in the case of changes in the economic and/or political environment of the Sub-Fund.

(10) The decision to merge a Sub-Fund must be notified to the affected Investors one (1) month prior to the date on which the merger is to become effective. The notice must contain information regarding the new Sub-Fund; during this one-month period, the Shareholders shall be offered the free redemption of their Shares.

(11) A resolution to contribute the assets and liabilities of a Sub-Fund to another undertaking for collective investment as described in the above Paragraphs or to another Sub-Fund within such an undertaking for collective investment may in principle be adopted by the Shareholders of the affected Sub-Fund, whereby the requirements for the quorum and the required majority shall apply for the dissolution of the Sub-Fund. If, however, the Sub-Fund is merged with a Luxembourg undertaking for collective investment on a contractual basis ("fonds commun de placement") or an undertaking for collective investment domiciled abroad, the resolution shall only be binding for those Shareholders who voted in favor of such merger.

Art. 36. Liquidation.

(1) The liquidation of the Company and/or a Sub-Fund shall be undertaken by one or more liquidators, who may be natural or legal persons and must be approved by CSSF. The Company's Shareholders in general meeting or in the case of the liquidation of a specific Sub-Fund the Shareholders of the relevant Sub-Fund in general meeting shall appoint the liquidators and determine their powers and compensation.

(2) In the event of a dissolution, the liquidator(s) shall realize the assets of the Company or the relevant Sub-Fund safeguarding the interests of the Shareholders and the Custodian will distribute the net liquidation proceeds (after deducting all costs of the liquidation) at the instruction of the liquidator(s) to the Shareholders in proportion to their rights. Pursuant to the provisions of Luxembourg law, the liquidation proceeds for Shares not submitted for repayment shall be deposited after the conclusion of the liquidation for the period stipulated by law with the Caisse de Consignation. Amounts not requested there within the period stipulated by law shall be forfeited pursuant to the provisions of Luxembourg law.

Art. 37. Amendments to these Articles of Association. These Articles of Association may only be amended or supplemented by the Shareholders in general meeting observing the provisions of the Act of 1915 and/or the Act of 2007 regarding quorums and required majorities. All articles containing special majority requirements may only be modified with the corresponding majority.

Art. 38. Applicable Law. All affairs not regulated in these Articles of Association shall be decided in conformance with the Act of 1915 and the Act of 2007. In the event of conflicts between the Act of 1915 and the Act of 2007, the Act of 2007 shall take precedence.

Transitional Provisions

- (1) The first financial year shall commence on the formation date of the Company and end on 31 December 2012.
- (2) The first general shareholders' meeting shall take place in 2013.

Subscription of Formation Capital

The Company's formation capital amounts to thirty-one thousand Euros (EUR 31,000.00), has been fully paid in and is divided into thirty-one (31) no-par-value Shares of the "G-FERE" Sub-Fund. The total formation capital is to be subscribed by "Gascom Renew S.p.A.", prenamed.

All Shares have been fully paid up in cash, so that the sum of thirty-one thousand Euros (EUR 31,000.00) is available to the Company effective immediately, as was documented to the acting Notary Public.

Statement

The undersigned notary states that the conditions provided for in article 26 as amended of the law of August 10th, 1915 on commercial companies have been observed.

Expenses

The aggregate amount of the costs, expenditures, remunerations or expenses, in any form whatsoever, which the Company incurs or for which it is liable by reason of the present deed, is approximately two thousand eight hundred Euros.

Formation Meeting of the Company

Immediately after the incorporation of the Company, the aforementioned appearing party, representing the whole of the subscribed share capital, has adopted the following resolutions as sole shareholder:

(I) The number of Board of Directors members shall be set at four (4):

(II) The following persons are hereby named as members of the Board of Directors:

- Mr. Horst BAUMANN, born in Mettlach (Federal Republic of Germany), on March 2, 1961, residing professionally in L-1341 Luxemburg, 9, place de Clairefontaine (Grand Duchy of Luxembourg);

- Mr. Jürgen MORTAG, born in Stuttgart (Federal Republic of Germany), on October 18, 1964, residing professionally in L-2449 Luxembourg, 25A, Boulevard Royal (Grand Duchy of Luxembourg);

- Mr. Pier Paolo URBINATI, born in Urbino (Italy), on June 8, 1962, residing professionally in I-35129 Padua, Piazza Aldo Moro 12 (Italy); and

- Dr. Thomas KÖLLERMEIER, born in Düsseldorf (Federal Republic of Germany), on January 24, 1958, residing professionally in D-65719 Hofheim, Südhang 15 (Federal Republic of Germany).

The mandate of the Board of Directors members shall cease on the date of the ordinary general shareholders' meeting in 2017.

(III) The following person is hereby named as Independent Auditor:

The public limited company "ERNST & YOUNG", with registered office in L-5365 Munsbach, 7, rue Gabriel Lippmann (Grand Duchy of Luxembourg), registered with the Trade and Companies Registry of Luxembourg, section B, under number 47771.

The mandate of the Independent Auditor shall cease on the date of the annual general shareholders' meeting in 2013.

(IV) The Company's registered office is in 7A, rue Robert Stümper, L-2557 Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg).

Statement

The undersigned notary, who speaks and understands German and English, states herewith that the present deed is worded in German followed by an English version; on request of the appearing party and in case of divergences between the German and the English version, the German version will be prevailing.

WHEREOF the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the proxy-holder of the appearing party, acting as said before, known to the notary, by surname, first name, civil status and residence, the said proxy-holder has signed with Us, the notary, the present original deed.

Signé: D. HEINEN, C. WERSANDT.

Enregistré à Luxembourg A.C., le 26 octobre 2012. LAC/2012/50555. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur (signé): Irène THILL.

POUR EXPEDITION CONFORME délivrée à la société;

Luxembourg, le 2 novembre 2012.

Référence de publication: 2012142888/1839.

(120188965) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 2 novembre 2012.

Sarasin Fund Management (Luxembourg) S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.

R.C.S. Luxembourg B 160.811.

Le règlement de gestion de SARASIN PRIVATE FCP daté du 25 octobre 2012 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 26 octobre 2012.

Pour la société

Signature

Référence de publication: 2012141830/13.

(120186625) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 octobre 2012.

DSC SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 49, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 155.898.

CLÔTURE DE LIQUIDATION

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 31. Oktober 2012

Die Aktionäre beschließen:

- die Liquidation zum 31. Oktober 2012 für abgeschlossen zu erklären;

- die Bücher und die Schriftstücke der Gesellschaft für einen Zeitraum von fünf (5) Jahren unter folgender Adresse aufzubewahren: State Street Bank, 49 Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 6. November 2012.

DSC SICAV, En liquidation volontaire

Signature

Référence de publication: 2012144383/17.

(120190364) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 novembre 2012.

cominvest Klima Safe Kick 2/2014, Fonds Commun de Placement.

Die Allianz Global Investors Luxembourg S.A (die "Verwaltungsgesellschaft") hat den Beschluss gefasst, den Fonds cominvest Klima Safe Kick 2/2014 (der "Fonds") mit Ablauf des 12. Dezember 2012 aufzulösen, da sich in Folge des geringen Fondsvolumens eine effektive Verwaltung des Fonds zunehmend schwieriger gestaltet.

Senningerberg, November 2012.

Die Verwaltungsgesellschaft.

Référence de publication: 2012145909/755/8.

d'Amico International Shipping S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 25C, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 124.790.

The Board of Directors of d'Amico International Shipping S.A. (Borsa Italiana: DIS) resolved to approve a rights issue addressed to the shareholders of the Company which consists of (i) an offering by the Company with preferential subscription rights (the "Preferential Subscription Rights") of new shares of the Company (the "New Shares") with warrants issued simultaneously (the "Warrants") to be exercised into shares (the "Warrant Shares") (the "Rights Offering") and (ii) a public auction organised by the Société de la Bourse de Luxembourg S.A. (the "Luxembourg Stock Exchange") for the sale of the unexercised Preferential Subscription Rights (the "Public Auction" and together with the Rights Offering, the "Offering").

Rights Subscription Period

The Preferential Subscription Rights may be exercised from 12 November 2012 to 11 December 2012 (the "Rights Subscription Period"). The Preferential Subscription Rights will be tradable during the Rights Subscription Period and will be tradable on the Mercato Telematico Azionario organised and managed by Borsa Italiana (the "MTA") from 12 November 2012 to 4 December 2012 inclusive.

Prospectus

A prospectus in relation to (i) the Offering and (ii) the admission to trading of the New Shares, the Warrants and the Warrant Shares on the STAR segment of the MTA (the "Prospectus") was approved on 6 November 2012 by the Commission de Surveillance du Secteur Financier ("CSSF") in Luxembourg. The Company has requested the CSSF to provide the Italian Companies and Stock Exchange Commission (Commissione Nazionale per le Società e la Borsa) ("CONSOB") and the Company with a certificate of approval attesting that this Prospectus has been prepared in accordance with Directive 2003/71/EC of the European Parliament and of the Council of 4 November 2003 on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading and amending Directive 2001/34/EC, as amended and the relevant implementing measures in Luxembourg, in particular the Luxembourg law of 10 July 2005 relating to prospectuses for securities, as amended. The CSSF's approval of the Prospectus does not imply any judgement on the economic or financial merits of the Offering, nor on the quality or solvency of the Company.

The Prospectus is available at the offices of d'Amico International Shipping S.A., as well as on the Company's website at <http://investorrelations.damicointernationalshipping.com> and on the Luxembourg Stock Exchange's website at <http://www.bourse.lu>.

Disclaimer

This communication does not constitute an offer to sell securities, nor a solicitation to make an offer to purchase or acquire any securities in d'Amico International Shipping S.A. under Italian law, Luxembourg law and/or the law of any other jurisdiction. This communication does not constitute a document of offer or prospectus regarding an offering of securities by d'Amico International Shipping S.A. and cannot be the basis for any agreement or decision to invest. Investors may not subscribe to any of the securities referred to in this communication on the basis of the information contained in this communication. A prospectus with detailed information about d'Amico International Shipping S.A. is available free of charge on the website of d'Amico International Shipping S.A. and on the Luxembourg Stock Exchange's website. An investment decision with respect to the securities of d'Amico International Shipping S.A. must only be made on the basis of the prospectus published in accordance with Luxembourg and Italian securities laws.

This document and the information contained herein is not intended to be accessed, published or distributed outside of Luxembourg or Italy, and in particular may not be, directly or indirectly, accessed by, or distributed or disseminated

to, persons resident or physically present in the United States of America, Canada, Australia or Japan or any jurisdiction where doing so would be unlawful or where prior registration or approval is required for such purpose.

There shall be no offering or sale of any securities of d'Amico International Shipping S.A. in the United States of America, Canada, Australia or Japan or any jurisdiction in which such offer, solicitation or sale would be unlawful prior to its registration or qualification under the laws of such jurisdiction or to or for the benefit of any person to whom it is unlawful to make such offer, solicitation or sale. No steps have been taken or will be taken regarding the offering of securities of d'Amico International Shipping S.A. outside Luxembourg and Italy in any jurisdiction where such steps would be required. The issuance, exercise or sale of securities of d'Amico International Shipping S.A. and the subscription to or purchase of such securities are subject to specific legal or regulatory restrictions in certain jurisdictions. d'Amico International Shipping S.A. is not liable in case these restrictions are infringed by any person.

This communication is not for distribution, directly or indirectly, in or into the United States (including its territories and dependencies, any State of the United States and the District of Columbia). This communication does not constitute or form a part of any offer or solicitation to purchase or subscribe for securities in the United States. The securities mentioned herein have not been, and will not be, registered under the United States Securities Act of 1933 (the "Securities Act"). The securities may not be offered or sold in the United States except pursuant to an exemption from the registration requirements of the Securities Act. There will be no public offer of securities in the United States. It may be unlawful to distribute these materials in certain jurisdictions. The information contained herein is not for publication or distribution in Canada, Japan or Australia and does not constitute an offer of securities for sale in Canada, Japan or Australia.

Référence de publication: 2012144806/267/63.

cominvest Infrastruktur Safe Kick 3/2014, Fonds Commun de Placement.

Die Allianz Global Investors Luxembourg S.A (die "Verwaltungsgesellschaft") hat den Beschluss gefasst, den Fonds cominvest Infrastruktur Safe Kick 3/2014 (der "Fonds") mit Ablauf des 12. Dezember 2012 aufzulösen, da sich in Folge des geringen Fondsvolumens eine effektive Verwaltung des Fonds zunehmend schwieriger gestaltet.

Senningerberg, November 2012.

Die Verwaltungsgesellschaft.

Référence de publication: 2012145942/755/8.

cominvest Klima Safe Kick 1/2014, Fonds Commun de Placement.

Die Allianz Global Investors Luxembourg S.A (die "Verwaltungsgesellschaft") hat den Beschluss gefasst, den Fonds cominvest Klima Safe Kick 1/2014 (der "Fonds") mit Ablauf des 12. Dezember 2012 aufzulösen, da sich in Folge des geringen Fondsvolumens eine effektive Verwaltung des Fonds zunehmend schwieriger gestaltet.

Senningerberg, November 2012.

Die Verwaltungsgesellschaft.

Référence de publication: 2012145976/755/8.

Anchor Holdings GP S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 170.664.

1. En date 11 Octobre 2012, l'Associés son pris les décisions suivantes:

- Modification en qualité d'Administrateurs au d'Administrateurs B, à compter du 11 Octobre 2012, Leur mandat prenant fin à l'issue de l'Assemblée Générale annuelle approuvant les comptes annuels pour l'exercice social se terminant au 31 décembre 2013 de:

* M Robert van 't Hoeft, né le 13 Janvier 1958 à Schiedam, Pays-Bas, ayant pour adresse professionnelle 46A, Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg;

* M Martinus C.J. Weijermans, né le 26 Aout 1970 à 's-Gravenhage, Pays-Bas, ayant pour adresse professionnelle 46A, Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg;

* M Joost A. Mees né le 27 Septembre 1978 à Delft, Pays-Bas, ayant pour adresse professionnelle 46A, Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg;

- Election en qualité d'Administrateurs A, à compter du 11 Octobre 2012, Leur mandat prenant fin au 11 Octobre 2018 de:

* M Grant David Hearn, né le 22 Aout 1958 à Hillingdon, Royaume-Uni, ayant pour adresse professionnelle 100 Barbirolli Square, Manchester, M2 3AB, Royaume-Uni;

* M Jon William Mortimore, né le 17 Septembre 1967 à Newcastle Upon-Tyne, Royaume-Uni, ayant pour adresse professionnelle 100 Barbirolli Square, Manchester, M2 3AB, Royaume-Uni;

* M Paul Victor Harvey, né le 21 Janvier 1961 à Long Eaton, Royaume-Uni, ayant pour adresse professionnelle 100 Barbirolli Square, Manchester, M2 3AB, Royaume-Uni;

* M Jonathan David Ford, né le 08 Septembre 1974 à Taunton, Royaume-Uni, ayant pour adresse professionnelle 25 Knightsbridge, Londres SW1X 7LY, Royaume-Uni;

* M Ted Stuart Lodge, né le 24 Mai 1956 à Pennsylvanie, Etats Unis d'Amérique, ayant pour adresse professionnelle 300 Park Avenue, 21st Floor, New York, NY 10022, Etats Unis d'Amérique;

* M Greg Olafson, né le 28 Septembre 1971 à Windsor, Canada ayant pour adresse professionnelle Peterborough Court, 133 Fleet Street, Londres EC4 A 2BB, Royaume-Uni.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Martinus C.J. Weijermans
Administrateur B

Référence de publication: 2012134215/34.

(120177332) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

SCAN MARITIME Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 22.914.

—
Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale ordinaire tenue le 04/07/2012 à Luxembourg

L'Assemblée renouvelle pour une période de 1 an le mandat des Administrateurs et du Commissaire sortants, à savoir Messieurs JACQUEMART Laurent, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, MARECHAL Joël, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, GILLET Etienne, 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 LUXEMBOURG en tant qu'administrateurs et la société AUDITEX S.A.R.L. 3A, Boulevard du Prince Henri, L-1724 LUXEMBOURG en tant que commissaire aux comptes.

Leur mandat prendra fin à l'issue de l'Assemblée Générale Statutaire à tenir en 2013

Pour copie conforme
Signatures
Administrateur / Administrateur

Référence de publication: 2012134734/17.

(120177374) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Albabe S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 74.387.

—
Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134228/9.

(120177368) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

BLUESKY Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 24.800.

—
Les comptes annuels au 30/06/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134268/9.

(120177372) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Clairval Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 19.642.

—
Les comptes annuels au 30/06/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134319/9.

(120177371) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Goodcrush S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 25B, boulevard Royal.
R.C.S. Luxembourg B 140.804.

Le bilan au 31/12/2011 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Référence de publication: 2012134474/10.

(120177377) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Holian S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.
R.C.S. Luxembourg B 19.230.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134498/9.

(120177369) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

THOMAS & FILS Matériaux de Construction S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-6868 Wecker, 18, Duchscherstrooss.
R.C.S. Luxembourg B 80.645.

Les Comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Strassen, le 17/10/2012.

Pour THOMAS & FILS Matériaux de Construction S.à r.l.

J. REUTER

Référence de publication: 2012136255/12.

(120179093) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

RLD Holding, Romanian Land Development Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.
R.C.S. Luxembourg B 128.772.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134708/9.

(120177370) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

SCAN MARITIME Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.
R.C.S. Luxembourg B 22.914.

Les comptes annuels au 31/03/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134735/9.

(120177376) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Topal S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1273 Luxembourg, 19, rue de Bitbourg.
R.C.S. Luxembourg B 146.355.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18/10/2012.

G.T. Experts Comptables Sàrl

Luxembourg

Référence de publication: 2012136260/12.

(120179682) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Seraya Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 56.549.

Les comptes annuels au 30/06/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134746/9.

(120177373) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

SOGEDIM, Société de Gestion et d'Investissements Immobiliers, Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 24.871.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134755/9.

(120177367) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

SOLKARST INTERNATIONAL Spf S.A., Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3A, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 44.621.

Les comptes annuels au 31/03/2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012134766/9.

(120177375) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

Steinebach Tankanlagen- und Behälterbau, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-7333 Steinsel, 67, rue des Prés.

R.C.S. Luxembourg B 47.399.

Der Jahresabschluss zum 30. April 2012 wurde beim Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Unterschrift.

Référence de publication: 2012136233/10.

(120179771) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Store Wampach Wasserbillig, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-6686 Merttert, 65, rue de Wasserbillig.

R.C.S. Luxembourg B 67.796.

Les comptes annuels au 31.12.2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 18/10/2012.

Signature.

Référence de publication: 2012136234/10.

(120179599) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Stuff an der Millen S. à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9366 Ermsdorf, 25, route de Reisdorf.

R.C.S. Luxembourg B 121.429.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136235/10.

(120179281) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

TTI Participations S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-6868 Wecker, 18, Duchscherstrooss.

R.C.S. Luxembourg B 62.181.

Der Jahresabschluss vom 31.12.2011 wurde beim Handels- und Gesellschaftsregister von Luxemburg hinterlegt.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2012136267/9.

(120179006) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Super Star S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9125 Schieren, 89, route de Luxembourg.

R.C.S. Luxembourg B 103.447.

Les comptes annuels au 31.12.2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136237/10.

(120179572) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Sylvapower Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9560 Wiltz, 21, rue du X Septembre.

R.C.S. Luxembourg B 147.991.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Fiduciaire Internationale SA

Référence de publication: 2012136238/10.

(120179805) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Timag Capital Advisory S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1650 Luxembourg, 6, rue Guillaume.

R.C.S. Luxembourg B 159.944.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136242/10.

(120179813) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Titan (Germany) II GP S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2538 Luxembourg, 1, rue Nicolas Simmer.

R.C.S. Luxembourg B 155.361.

Le Bilan au 31 décembre 2011 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signatures.

Référence de publication: 2012136243/10.

(120179525) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Trina Solar (Luxembourg) Holdings S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1471 Luxembourg, 412F, route d'Esch.
R.C.S. Luxembourg B 149.268.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Un mandataire

Référence de publication: 2012136244/10.

(120179568) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Tabagro S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-8832 Rombach-Martelange, 4, route de Bigonville.
R.C.S. Luxembourg B 102.372.

Les comptes annuels au 31.12.2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136248/10.

(120179135) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Tarlux S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.
R.C.S. Luxembourg B 91.625.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136249/10.

(120179498) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Technipeinture et Décoration S.à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Siège social: L-3853 Schiffflange, 26, rue Mathias Koener.
R.C.S. Luxembourg B 160.709.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136250/10.

(120179756) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

The Taplow Group S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2146 Luxembourg, 63-65, rue de Merl.
R.C.S. Luxembourg B 101.567.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg.

Référence de publication: 2012136254/10.

(120179601) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Toolux Sanding S.A., Société Anonyme.

Capital social: EUR 1.753.667,00.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.
R.C.S. Luxembourg B 142.041.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Référence de publication: 2012136256/10.

(120179602) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Toolux Sanding S.A., Société Anonyme.

Capital social: EUR 1.753.667,00.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 142.041.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Référence de publication: 2012136258/10.

(120179604) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Total Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R.C.S. Luxembourg B 80.375.

Le Bilan au 30.06.2010 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136261/10.

(120179747) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

TP Capital, Sàrl, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1511 Luxembourg, 121, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 90.925.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Un mandataire

Référence de publication: 2012136263/10.

(120179607) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Ursula Von Siemens A.G., Société Anonyme.

Siège social: L-2613 Luxembourg, 1, place du Théâtre.

R.C.S. Luxembourg B 128.098.

Les comptes annuels au 31 décembre 2009 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg.

Signature.

Référence de publication: 2012136270/10.

(120179287) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Vansan Holding S.A., Société Anonyme Soparfi.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 40, avenue Monterey.

R.C.S. Luxembourg B 149.368.

Le bilan de la société au 31/12/2011 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg.
Pour la société
Un mandataire

Référence de publication: 2012136276/12.

(120178918) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Viator s. à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4901 Bascharage, Z.I. Bommelscheuer.

R.C.S. Luxembourg B 145.755.

Les comptes annuels au 31/12/2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18/10/2012.

G.T. Experts Comptables Sàrl

Luxembourg

Référence de publication: 2012136280/12.

(120179776) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

VTB Capital S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1115 Luxembourg, 2, boulevard Konrad Adenauer.

R.C.S. Luxembourg B 97.053.

Le bilan au 31 juin 2012 a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signatures.

Référence de publication: 2012136284/10.

(120179025) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Weatherford European Holdings (Luxembourg) S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 67, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 150.992.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour Weatherford European Holdings (Luxembourg) S.à r.l.

Intertrust (Luxembourg) S.A.

Référence de publication: 2012136286/11.

(120179422) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Weatherford Intermediate Holdings (PTWI) S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1331 Luxembourg, 67, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

R.C.S. Luxembourg B 150.995.

Les comptes annuels au 31 décembre 2010 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour Weatherford Intermediate Holdings (PTWI) S.à r.l.

Intertrust (Luxembourg) S.A.

Référence de publication: 2012136287/11.

(120179450) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

WEWE Hausverwaltungs GmbH, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9991 Weiswampach, 47, Gruuss-Strooss.

R.C.S. Luxembourg B 101.759.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2012136296/10.

(120179280) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

X-Com Holding S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1249 Luxembourg, 2, rue du Fort Bourbon.

R.C.S. Luxembourg B 74.468.

Les comptes annuels au 31 décembre 2011 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.
Attention! Ceci est un rectificatif du dépôt n° L120153462.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Fait à Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Référence de publication: 2012136302/11.

(120179635) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 octobre 2012.

Shannon S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1411 Luxembourg, 2, rue des Dahlias.

R.C.S. Luxembourg B 162.792.

In the year two thousand and twelve, on the twelfth September.

Before Maître Francis Kessler, notary established in Esch-sur-Alzette, Grand-Duchy of Luxembourg.

There appeared:

V-system Sp. z o.o. w likwidacji (under liquidation), a company incorporated under the laws of Poland with registered office in Poznan, at Wichrowa 20B, 60-449 Poznan, Poland, entered in the Register of Business Entities of the National Court Register maintained by the District Court for Poznan Nowe Miasto and Wilda in Poznan, VIII Commercial Division of the National Court Register under No. 0000081794, NIP 7781370616, REGON 63966352 (the "Sole Shareholder");

represented here by Mrs Sofia Afonso-Da Chao Conde, notary clerk, with professional address at 5, rue Zénon Bernard, L-4030 Esch-sur-Alzette, Grand Duchy of Luxembourg, by virtue of a proxy given under private seal.

Such proxy having been signed "ne varietur" by the proxy-holder acting on behalf of the appearing party and the undersigned notary, shall remain attached to this deed to be filed with such deed with the registration authorities.

The appearing party, represented as stated here above, has requested the undersigned notary to record as follows:

The appearing party is the sole shareholder of Shannon S.à r.l., a private limited liability company incorporated under the laws of Luxembourg, having its registered office at 2, rue des Dahlias, Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, incorporated by a deed enacted by Maître Henri Hellinckx, prenamed, on 29 July 2011, published in the "Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations" number 2469 dated 13 October 2011, and registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under number B 162.792 (the "Company").

The articles of association of the Company have been the last time amended by a deed enacted by Maître Henri Hellinckx, on February 21, 2012, published in the Memorial C number 828 of 29 March 2012.

II. - The share capital is set at one hundred twenty-six million six hundred nineteen thousand four hundred ninety-seven Euro (EUR 126,619,497), represented by one hundred twenty-six million six hundred nineteen thousand four hundred ninety-seven (126,619,497) shares in registered form, with a par value of one Euro (EUR 1.-) each, all subscribed and fully paid-up, representing the whole share capital of the Company, are represented so that the meeting can validly decide on all the items of the agenda of which the Sole Shareholder expressly states having been duly informed beforehand.

III. - The agenda of the meeting is the following:

Agenda:

1. Waiving of notice right
2. Amendment of Articles 7.1; 8 2 paragraph (v) and 8 3 paragraph (i) with respect to the creation of a new class of managers;
3. Appointment of Mr Przemyslaw Pawlowski as class C manager
4. Miscellaneous

After the foregoing was approved by the Sole Shareholder, the following resolutions have been taken:

First resolution

It was resolved that the Shareholder waive his right to prior notice of the current meeting. The Sole Shareholder acknowledges having been sufficiently informed of the agenda for the meeting and confirm that he consider the meeting

validly convened and therefore agrees to deliberate and vote upon all the items on the agenda. It was further unanimously resolved that all the relevant documentation has been put at the disposal of the Sole Shareholder within sufficient period of time in order to allow him to carefully examine each document.

Second resolution

It was unanimously resolved to amend the structure of the board composition by creating an additional class C manager, so that articles 7.1; 8.2 paragraph (v) and 8.3 paragraph (i) of the Company's articles of association shall henceforth as follows

« Art. 7. Appointment and Removal of managers".

7.1. The Company is managed by one manager or a board of managers which may be composed of one (1) or several class A manager(s) and one (1) or several class B manager(s) and one or several class C manager(s) (the Board). The managers are appointed by a resolution of the shareholders, which sets the term of their mandate. The managers need not be shareholders.

« Art. 8. Board of managers.

Art. 8.2 procedure.

(v) The Board may only validly deliberate and act if a majority of its members are present or represented and if class A manager(s) and class B manager(s) have been appointed, the Board may only validly deliberate and act if at least one (1) class A manager and at least one (1) class B manager are present or represented, or in the event of the vacancy of a class A manager, a quorum of at least one class C manager and one class B manager. Board resolutions are validly adopted by a majority of the votes by the managers present or represented provided that if class A manager(s) and class B manager(s) have been appointed any resolution shall not validly be passed unless it is approved by at least one (1) class A manager and at least one (1) class B manager or in the event of the vacancy of a class A manager, a majority including at least one class C manager and one class B manager. Board resolutions are recorded in minutes signed by the chairperson of the meeting or, if no chairperson has been appointed, by all the managers present or represented.

8.3. Representation

(i) The Company is bound towards third parties in all matters by the joint signatures of any two (2) managers or if class A manager(s) and class B manager(s) have been appointed, by the joint signatures of at least one (1) class A manager and at least one (1) class B manager and in the event of the vacancy of a class A manager, by the joint signature of one class C manager and one class B manager.

Third resolution

It was unanimously resolved to appoint with immediate effect:

- Mr. Przemyslaw Pawlowski, marketing director, born on 20th November 1979 in Poznan (Poland), with professional address at ul. Dworcowa 36A/4; 64-410 Sieraków as class C manager for a duration of six years.

There being no further business on the agenda, the meeting was thereupon closed.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that upon request of the above appearing person, this deed is worded in English followed by a French translation and that in case of any divergence between the English and the French texts, the English version shall be prevailing.

Whereof this notarial deed was drawn up in Esch/Alzette on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, the chairman, the secretary and the scrutineer signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille douze, le douze septembre.

Devant Maître Francis Kessler, notaire établi à Esch-sur-Alzette, Grand-Duché de Luxembourg.

A comparu:

V-System Sp. z o.o. w likwidacji (under liquidation), une société constituée en vertu des lois de la Pologne ayant son siège à Poznan, à Wlichrowa 20B, 60-449 Poznan, en Pologne, est entré dans le registre des commerçants de la Cour registre national tenu par le tribunal de district de Poznan Nowe Miasto et Wilda à Poznan, VIII Chambre commerciale de la Cour Nationale sous le n ° 0000081794, 7781370616 PIN, REGON 63966352 (l'"Associé Unique");

ici représentée par Madame Sofia Afonso Condé-Da Chao, clerc de notaire, avec adresse professionnelle au 5, rue Zénon Bernard, L-4030 Esch-sur-Alzette, Grand-Duché de Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée sous seing privé.

Une telle procuration après avoir été signée "ne varietur" par le mandataire agissant au nom du titulaire de la partie comparante et le notaire soussigné, restera annexée au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement. La partie comparante, représentée comme dit ci-dessus, a requis le notaire instrumentant de documenter comme suit:

La partie comparante est le seul actionnaire de Shannon S. à r.l., une société à responsabilité limitée constituée en vertu des lois du Luxembourg, ayant son siège social au 2, rue des Dahlias, Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, constituée par acte notarié reçu par Maître Henri Hellinckx, prénommé, le 29 Juillet 2011, publié au «Mémorial C, Recueil des Sociétés nombre et Associations» 2469 du 13 Octobre 2011, et au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 162.792 (la «Société»).

Les statuts de la Société ont été modifiés pour la dernière fois par un acte notarié reçu par Maître Henri Hellinckx, le Février 21, 2012, publié dans le Mémorial C numéro 828 du 29 Mars 2012.

II. - Le capital social est fixé à cent vingt-six millions six cent dix-neuf mille quatre cent quatrevingt-dix-sept euros (EUR 126.619.497), représenté par cent vingt-six millions six cent dix-neuf mille quatre cent quatrevingt-dix-sept (126.619.497) actions forme nominative, ayant une valeur nominale de un euro (EUR 1, -) chacune, toutes souscrites et entièrement libérées, représentant la totalité du capital de la Société, sont représentées de sorte que l'assemblée peut valablement délibérer sur tous les points de l'ordre du jour de laquelle l'associé unique déclare expressément avoir été dûment informé.

III. - L'ordre du jour de l'assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

1. Renonciation au droit de convocation;
2. Modification des articles 7.1, 8.2 paragraphe (v) et 8.3 paragraphe (i) à l'égard de la création d'une nouvelle catégorie de gérants;
3. Nomination de Monsieur Przemyslaw Pawlowski comme gérant de catégorie C; et;
4. Divers.

Après ce qui précède a été approuvé par l'Associé Unique, les résolutions suivantes ont été prises:

Première décision

Il a été décidé que l'Actionnaire renoncer à son droit à un préavis de la réunion en cours. L' Associé Unique reconnaît avoir été suffisamment informé de l'ordre du jour de la réunion et confirmer qu'il considère la réunion valablement convoquée et accepte de délibérer et de voter sur tous les points les sur l'ordre du jour. Il a également été résolu à l'unanimité que toute la documentation pertinente a été mis à la disposition de l'Associé Unique dans un délai de temps suffisant afin de lui permettre d'examiner attentivement chaque document.

Deuxième décision

Il a été unanimement décidé de modifier la structure de la composition du conseil par la création d'une catégorie supplémentaire gérant C, de sorte que les articles 7.1, 8.2 paragraphe (v) et 8.3 paragraphe (i) des statuts de la Société seront désormais comme suit:

« Art. 7. Nomination et Révocation des gérants».

7,1. La Société est gérée par un gérant ou un conseil de gérance qui peut être composé d'un (1) ou plusieurs gérants de catégorie A) et un (1) ou plusieurs gérants de catégorie B et un ou plusieurs gérants de catégorie C (le Conseil). Les gérants sont nommés par une résolution des associés, qui fixe la durée de leur mandat. Les gérants ne doivent pas être des associés.

« Art. 8. Conseil de gérance».

Art. 8.2 Procédure.

(V) Le Conseil ne peut délibérer et agir valablement que si la majorité de ses membres sont présents ou représentés et, si un (1) ou plusieurs gérants de la catégorie de A et un (1) ou plusieurs gérants de catégorie B ont été nommés, le conseil ne peut délibérer et agir valablement que si au moins un (1) gérant de catégorie A et au moins un (1) gérant de catégorie B sont présents ou représentés, ou en cas de vacance de gérant de catégorie A, un quorum d'au moins un gérant de catégorie C et un gérant de catégorie B. Les décisions du Conseil sont valablement adoptées à la majorité des voix des gérants présents ou représentés à condition que, si un (1) ou plusieurs gérants de catégorie A et un (1) ou plusieurs gérants de catégorie B ont été nommés, toute décision ne sera valablement adoptée à moins qu'elle soit approuvée par au moins un (1) gérant de catégorie A et un (1) gérant de catégorie B ou en cas de vacance de gérant de la catégorie A, la majorité y compris au moins un gérant de catégorie C et un gérant de catégorie B . Les décisions du Conseil sont consignées dans des procès verbaux signés par le président de la réunion ou, si aucun président n'a été nommé, par tous les gérants présents ou représentés.

8.3. Représentation

(I) La Société est engagée vis-à-vis des tiers en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux (2) gérants ou, si un ou plusieurs gérants de catégorie A et un ou plusieurs gérants de catégorie B (s) ont été nommés, par les signatures conjointes d'au moins un (1) gérant de catégorie A et d'au moins un (1) gérant de catégorie B et, en cas de vacance de gérant de catégorie A, par la signature conjointe d'un gérant de catégorie C et un gérant de catégorie B.

Troisième décision

Il a été résolu à l'unanimité de nommer, avec effet immédiat:

M. Przemyslaw Pawlowski, directeur marketing, né le 20 Novembre 1979 à Poznan (Pologne), avec adresse professionnelle à ul. Dworcowa 36A/4; 64-410 Sieraków en tant que gérant de catégorie C pour une durée de six ans.

Comme il n'y a pas d'autres sur l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire soussigné, qui comprend et parle anglais, déclare que sur la demande de la personne comparante, le présent acte est rédigé en anglais suivi par une traduction française et qu'en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise est en vigueur.

Dont acte, fait et passé à Esch/Alzette à la date mentionnée au début du présent document.

Le document ayant été lu aux comparants, le président, le secrétaire et le scrutateur ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: Conde, Kessler.

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 20 septembre 2012. Relation: EAC/2012/12265. Reçu soixante-quinze euros 75,00€.

Le Receveur (signé): Santioni A.

POUR EXPEDITION CONFORME.

Référence de publication: 2012134721/165.

(120177316) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.

**Dyma Group S.A., Société Anonyme,
(anc. Portobella S.A.).**

Siège social: L-9780 Wincrange, 66B, route de Lullange.

R.C.S. Luxembourg B 160.320.

L'an deux mille douze, le vingt-et-unième jour du mois de septembre.

Par-devant Maître Edouard DELOSCH, notaire de résidence à Diekirch (Grand-Duché de Luxembourg).

Se réunit une assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme «PORTOBELLA S.A.», ayant son siège social à L-9780 Wincrange, 66B, route de Lullange, immatriculée au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 160.320, constituée par-devant Maître Gérard LECUIT, notaire de résidence à Luxembourg, suivant acte reçu le 8 avril 2011, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 1384 du 25 juin 2011, et dont les statuts n'ont pas encore été modifiés depuis sa constitution (la "Société").

L'assemblée est ouverte à 15.00 heures sous la présidence de Monsieur Madame Edith REUTER, comptable, demeurant professionnellement à L-1470 Luxembourg, 7, route d'Esch.

Le président désigne comme secrétaire Monsieur Louis FELICETTI, salarié, demeurant professionnellement à L-1470 Luxembourg, 7, route d'Esch.

L'assemblée choisit comme scrutateur Monsieur Fernand SASSEL, expert-comptable, demeurant professionnellement à L-1470 Luxembourg, 7, route d'Esch.

Le bureau étant ainsi constitué, le Président expose et prie le notaire d'acter:

I. Que les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés, ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux, sont indiqués sur une liste de présence signée par les actionnaires présents, par les mandataires des actionnaires représentés, ainsi que par les membres du bureau et le notaire instrumentaire. Ladite liste de présence ainsi que les procurations des actionnaires représentés resteront annexées au présent acte pour être soumises avec lui aux formalités d'enregistrement.

II. Que l'intégralité du capital social, qui est fixé à quarante mille euros (EUR 40.000,-) et divisé en quatre cents (400) actions d'une valeur nominale de cent euros (EUR 100,-) chacune, étant présente ou représentée à la présente assemblée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

III. Que la présente Assemblée Générale a pour ordre du jour:

Ordre du jour:

1. Changement de la dénomination sociale de la Société de «PORTOBELLA S.A.» en «DYMA GROUP S.A.» ainsi que la modification subséquente de l'article premier des statuts de la Société;

2. Révocation de Messieurs Etienne KEYEN et Jean NAVEAUX en tant qu'administrateurs de la Société;

3. Nomination de Madame Fabienne DANILEVIES et de Monsieur Robert PLEIC en tant que nouveaux administrateurs de la Société;

4. Nomination de Monsieur Robert PLEIC en tant qu'administrateur-délégué de la Société;

5. Divers.

Ces faits exposés et reconnus exacts par l'assemblée générale, après délibération, l'assemblée générale prend à l'unanimité des voix les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée générale décide de changer la dénomination sociale de la Société de «PORTOBELLA S.A.» en «DYMA GROUP S.A.» ainsi que de modifier l'article premier des statuts de la Société pour lui donner la teneur suivante:

« **Art. 1^{er}** . Il existe une société anonyme sous la dénomination sociale «DYMA GROUP S.A.» ».

Deuxième résolution

L'assemblée générale décide de révoquer les personnes suivantes en leur qualité d'administrateur de la Société:

- Monsieur Etienne KEYEN, directeur de sociétés, né le 26 septembre 1964 à Waremme (Belgique), demeurant à B-4360 Oreye, 74A, rue Louis Maréchal;

- Monsieur Jean NAVEAUX, administrateur de société, né le 30 avril 1943 à Villers-la-loue (Belgique), demeurant professionnellement à L-1331 Luxembourg, 11-13, boulevard Grande-Duchesse Charlotte.

L'assemblée générale décide de leur accorder décharge pour l'exécution de leurs mandats.

Troisième résolution

L'assemblée générale décide de nommer les personnes suivantes en tant que nouveaux administrateurs de la Société:

- Madame Fabienne DANILEVIES, ingénieur commercial, née le 3 mai 1967 à Recourt (Belgique), demeurant à B-4121 Neupré, 29, rue des Mésanges;

- Monsieur Robert PLEIC, ingénieur industriel, né le 7 février 1965 à Ougrée (Belgique), demeurant à L-9780 Win-crangé, 66B, route de Lullange.

La durée des mandats des nouveaux administrateurs, prénommés, prendra fin lors de l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en l'an 2016.

Quatrième résolution

L'assemblée générale décide de nommer Monsieur Robert PLEIC, ingénieur industriel, né le 7 février 1965 à Ougrée (Belgique), demeurant à L-9780 Win-crangé, 66B, route de Lullange, en tant qu'administrateur-délégué de la Société.

La durée du mandat de l'administrateur-délégué, prénommé, prendra fin lors de l'assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en l'an 2016.

Frais

Les frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la Société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués sans nul préjudice à la somme de mille cent euros (EUR 1.100,-).

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée à 15.15 heures.

DONT ACTE, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Lecture du présent acte faite et interprétation donnée aux membres du Bureau, connus du notaire instrumentaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, ils ont signé avec Nous notaire le présent acte.

Signé: E. REUTER, L. FELICETTI, F. SASSEL, DELOSCH.

Enregistré à Diekirch, le 25 septembre 2012. Relation: DIE/2012/11047. Reçu soixante-quinze (75.-) euros

Le Receveur ff. (signé): RIES.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial C.

Diekirch, le 16 octobre 2012.

Référence de publication: 2012134682/78.

(120177341) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 octobre 2012.